

Mindestsicherung und Sozialhilfe der Bundesländer im Jahr 2022

KURT PRATSCHER

Menschen, die ihre existenziellen Grundbedürfnisse (Lebensunterhalt, Wohnen, Schutz im Krankheitsfall) nicht oder nicht ausreichend durch Eigenmittel (Einkommen, Vermögen) oder vorrangige Sozialleistungen (z. B. Arbeitslosengeld) sichern können und zum dauernden Aufenthalt in Österreich berechtigt sind, haben Anspruch auf Mindestsicherung oder Sozialhilfe. Im Jahr 2022 erhielten durchschnittlich 189 957 (in Summe 254 149) Personen Unterstützung, das waren um 4,6 % (Jahresdurchschnitt) bzw. 4,0 % (Jahressumme) weniger als im Vorjahr. Der monatliche Leistungsanspruch auf die Sicherung des Lebensunterhalts und des Wohnbedarfs betrug durchschnittlich 402 Euro pro Person bzw. 741 Euro pro Bedarfsgemeinschaft (Ein- und Mehrpersonenhaushalte); bei 73 % der Bedarfsgemeinschaften war die Hilfe eine Aufstockung zu den angerechneten Einkünften. Für Lebensunterhalt, Wohnen und Schutz im Krankheitsfall wurden im Rahmen der Mindestsicherung/Sozialhilfe der Länder und Gemeinden insgesamt 972 Mio. Euro ausgegeben, das entsprach einem Anteil von weniger als 1 % der gesamten Sozialausgaben Österreichs im Jahr 2022.

Vorbemerkung

Nach Inkrafttreten des Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes und des Sozialhilfe-Statistikgesetzes am 1. Juni 2019¹ begann die Umsetzung in den Bundesländern Anfang 2020 zeitgerecht² nur in Nieder- und Oberösterreich. 2021 folgten Kärnten und Salzburg (Jänner) sowie Vorarlberg (April) und die Steiermark (Juli) mit ihren Ausführungsgesetzen zur Sozialhilfe nach. In den restlichen Bundesländern (Burgenland, Tirol und Wien) blieben die Mindestsicherungsgesetze, die ursprünglich infolge der Bund-Länder-Vereinbarung zur bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS)³ entstanden sind, in Kraft. Die Mindestsicherungs- und Sozialhilfestatistik 2022 setzt sich daher aus den Mindestsicherungsdaten von Burgenland, Tirol und Wien sowie den Sozialhilfedaten von Nieder- und Oberösterreich, Kärnten, Salzburg, Vorarlberg und der Steiermark zusammen.⁴

Im Folgenden werden Mindestsicherung und Sozialhilfe hinsichtlich ihrer Zielsetzungen, Anspruchsvoraussetzungen und Leistungen kurz beschrieben, danach die Grundlagen der Datenerhebung und ihre Umsetzung dargestellt. Der Hauptteil präsentiert die wichtigsten statistischen Ergebnisse für

2022 und geht auf Veränderungen gegenüber dem Vorjahr bzw. den Vorjahren ein.

Wesentliche Sozialleistungscharakteristika Mindestsicherung

Die Mindestsicherung ist primär darauf ausgerichtet, Armut und soziale Ausgrenzung zu bekämpfen bzw. zu vermeiden. Weitere **Zielsetzungen** der verbliebenen Mindestsicherungsgesetze sind die möglichst dauerhafte (Wieder-)Eingliederung in das Erwerbsleben, die Existenzsicherung, die Ermöglichung eines menschenwürdigen Lebens und die Förderung der sozialen Inklusion.

Die Mindestsicherung basiert zentral auf dem Bedarfs- bzw. **Bedürftigkeitsprinzip** und dem **Grundsatz der Subsidiarität**: Menschen haben nur dann einen Rechtsanspruch auf diese Sozialleistung, wenn sie ihre Grundbedürfnisse (Lebensunterhalt, Wohnbedarf, Schutz bei Krankheit, Schwangerschaft und Entbindung) nicht oder nicht ausreichend durch eigene Mittel (Einkommen, Vermögen) und/oder über vorrangige (Sozial-)Leistungsansprüche (Pension, Arbeitslosengeld, Unterhalt etc.) decken können. Das impliziert (von Ausnahmen abgesehen) sowohl den Einsatz der eigenen Arbeitskraft (bei arbeitsfähigen Personen) als auch die Verwertung von vorhandenem Einkommen und Vermögen, bevor Mindestsicherung in Anspruch genommen werden kann.

Die **Berechtigung zum dauernden Aufenthalt** ist neben dem Vorliegen von Hilfebedürftigkeit die andere wichtige Anspruchsvoraussetzung (zur grundsätzlichen Aufenthaltsberechtigung kommen Hauptwohnsitz, Lebensmittelpunkt bzw. tatsächlicher Aufenthalt im jeweiligen Bundesland als weitere Kriterien hinzu). EU- bzw. EWR-Bürger:innen müssen entweder als Arbeitnehmer:innen in Österreich tätig (gewesen) sein oder schon länger als fünf Jahre hier rechtmäßig gelebt haben, um Leistungen beziehen zu können;

1) Siehe BGBl. I Nr. 41/2019.

2) Das Sozialhilfe-Grundsatzgesetz sieht vor, dass die Länder innerhalb von sieben Monaten nach Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes, d. h. bis 1. Jänner 2020, Ausführungsgesetze in Kraft zu setzen haben.

3) Diese ist Anfang Dezember 2010 in Kraft getreten und Ende 2016 ausgelaufen. Da eine neue Vereinbarung nicht zustande kam, oblag die Ausgestaltung der Mindestsicherung seit Anfang 2017 ohne Berücksichtigung eines gemeinsamen Rahmens wieder zur Gänze den Ländern (vergleichbar der Situation bei der Sozialhilfe bis 2010).

4) 2020 und 2021 gab es in den Bundesländern mit eingeführter Sozialhilfe noch Leistungsansprüche aus der Mindestsicherung und damit beide Datengrundlagen für die Erstellung der Statistik. Nach dem Grundsatzgesetz haben die Länder Übergangsbestimmungen und einen Übergangszeitraum für die Überführung bisheriger Leistungsansprüche auf Basis der Mindestsicherungsgesetzes in Leistungsansprüche gemäß den neuen Sozialhilfe-Ausführungsgesetzen vorzusehen. Beim Inkrafttreten Anfang 2020 endete der Übergangszeitraum mit spätestens Anfang Juni 2021.

bei Drittstaatsangehörigen stellt diese Frist grundsätzlich die Anspruchsvoraussetzung dar. Im Fall der Asylberechtigten ist die Statuszuerkennung maßgeblich für den Mindestsicherungsanspruch; subsidiär Schutzberechtigte sind ihnen gleichgestellt (Tirol, Wien) oder aufgrund der Anknüpfung an die Höhe der Leistungen in der Grundversorgung (zuständig für Asylwerber:innen) schlechter gestellt (Burgenland).

Die Sicherung des Lebensunterhalts und Wohnbedarfs sowie der Schutz bei Krankheit, Schwangerschaft und Entbindung sind die zentralen Leistungsbereiche der Mindestsicherung. Zum **Lebensunterhalt** zählen der regelmäßig wiederkehrende Aufwand für Nahrung, Bekleidung, Körperpflege, Hausrat, Heizung und Strom sowie andere persönliche Bedürfnisse wie die angemessene soziale und kulturelle Teilhabe. Der **Wohnbedarf** umfasst den regelmäßig wiederkehrenden Aufwand für Miete, allgemeine Betriebskosten und Abgaben. Zum **Schutz bei Krankheit, Schwangerschaft und Entbindung** gehören alle Sachleistungen und Vergünstigungen, die Bezieher:innen einer Ausgleichszulage im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung (KV) zukommen.

Die Mindestsicherungsleistung der Länder besteht in der Entrichtung der **KV-Beiträge** für nicht versicherte Personen, die wie die anderen Versicherten eine E-Card und damit den uneingeschränkten Zugang zur Gesundheitsversorgung erhalten; teilweise zählt auch die Übernahme von Selbsthalten und anderen Kostenbeteiligungen zur Krankenhilfe im Rahmen der Mindestsicherung.⁵

Für die Deckung des Lebensunterhalts und Wohnbedarfs sind **pauschalierte monatliche Geldleistungen** (Mindeststandards bzw. Mindestsätze) vorgesehen, die sich am Ausgleichszula-

5) Über die Schaffung der formalen Voraussetzung für den Einbezug (mittels Verordnung über die Durchführung der Krankenversicherung für die gemäß § 9 ASVG in die Krankenversicherung einbezogenen Personen) hinaus deckt der Bund den Differenzbetrag der Kosten ab, der sich aus den von den Ländern gezahlten Beiträgen und den tatsächlich anfallenden Ausgaben der KV für die Mindestsicherungsbezieher:innen ergibt.

genrichtsatz für Alleinstehende in der Pensionsversicherung, abzüglich des KV-Beitragsatzes, orientieren. Dieser Nettobetrag (2022: 977,94 Euro bzw. 978,00 Euro gerundet) gilt für alleinstehende und alleinerziehende Personen und dient als Ausgangswert (100 %) für die Prozentsätze bzw. Beträge der anderen Personengruppen in der Mindestsicherung (z. B. 75 % für Volljährige oder 19,2 % (Burgenland) bzw. 27 % (Wien) für Minderjährige im gemeinsamen Haushalt) (Tabelle 1). Abweichend davon, kommen in Tirol prozentuell abgestufte Mindestsätze nur bei der Sicherung des Lebensunterhalts zur Anwendung, während beim Wohnbedarf die tatsächlich nachgewiesenen Kosten bis zu bestimmten – bezirkswise unterschiedlichen – Höchstsätzen übernommen werden.

Sozialhilfe

Die **Zielsetzungen** des Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes sind: Unterstützung bei der Sicherung des Lebensunterhalts und des Wohnbedarfs, Berücksichtigung integrationspolitischer und fremdenpolizeilicher Ziele, (Wieder-)Eingliederung in das Erwerbsleben und Förderung der optimalen Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes. Vermeidung bzw. Bekämpfung von Armut / sozialer Ausgrenzung / sozialen Notlagen kommt im Bundesgesetz nicht vor, wird aber in fünf der sechs Ausführungsgesetze der Länder (ausgenommen Steiermark) explizit auch als Zielsetzung genannt.

Subsidiarität und Bedürftigkeit sind auch in der Sozialhilfe die zentralen **Anspruchsvoraussetzungen** bzw. Grundsätze der Leistungsgewährung. Der anspruchsberechtigte Personenkreis ist mit jenem der Mindestsicherung weitgehend identisch; subsidiär Schutzberechtigte sind aber nunmehr explizit davon ausgenommen, ihnen steht nur mehr das Leistungsniveau der Grundversorgung zu.⁶

6) Laut Grundsatzgesetz dürfen ihnen ausschließlich Kernleistungen der Sozialhilfe gewährt werden, die das Niveau der Grundversorgung nicht übersteigen; die Umsetzung auf Länderebene sieht so aus, dass diese Personengruppe in der Regel von der Sozialhilfe-Bezugsberechtigung ausgenommen ist, weil sie in den Bereich der Grundversorgungsgesetze fällt (Ausnahme: Vorarlberg).

Wichtige Mindest- und Höchstbeträge für Lebensunterhalt und Wohnen pro Person und Monat in der Mindestsicherung und Sozialhilfe 2022 Tabelle 1

| Bundesland | Alleinstehende bzw. Alleinerziehende | Volljährige leistungsberechtigte Personen im gemeinsamen Haushalt | | Minderjährige unterhaltsberechtigte Personen mit Anspruch auf Familienbeihilfe | |
|------------------------------------|--------------------------------------|---|-----------------------|--|-----------------------------|
| | | die ersten zwei Personen | ab der dritten Person | die drei ältesten Personen | ab der viertältesten Person |
| in Euro | | | | | |
| Burgenland – MS | 978,00 | 733,00 | 489,00 | 188,00 | 188,00 |
| Kärnten – SH | 977,94 | 684,55 | 440,07 | 205,37 | 205,37 |
| Niederösterreich – SH ¹ | 977,94 | 684,56 | 440,07 | 244,49 | 117,35 |
| Oberösterreich – SH ¹ | 977,94 | 684,55 | 440,07 | 244,48 | 117,35 |
| Salzburg – SH ² | 977,94 | 684,56 | 440,07 | 205,37/244,49 | 205,37/244,49 |
| Steiermark – SH | 977,94 | 684,56 | 440,07 | 205,37 | 171,14 |
| Tirol – MS ³ | 733,46 | 550,09 | 366,73 | 242,04 | 146,69 |
| Vorarlberg – SH ⁴ | 977,94 | 684,55 | 440,07 | 264,04 | 166,25 |
| Wien – MS ⁵ | 977,94 | 733,46 | 488,97 | 264,04 | 264,04 |

Q: STATISTIK AUSTRIA, Mindestsicherungs- und Sozialhilferecht (Gesetze, Verordnungen, Kundmachungen) der Bundesländer. – MS = Mindestsicherung, SH = Sozialhilfe.
 1) Minderjährige (pro Person): bei 1 Person 244,49 Euro (Niederösterreich) / 244,48 Euro (Oberösterreich), bei 2 Personen 195,59 Euro, bei 3 Personen 146,69 Euro, bei 4 Personen 122,24 Euro, bei 5 oder mehr Personen 117,35 Euro. – 2) Minderjährige: 1. Betrag bis 30.06.2022 / 2. Betrag ab 01.07.2022. – 3) Ohne Wohnen. Minderjährige: 242,04 Euro für die älteste und zweitälteste Person; 222,48 Euro für die drittälteste Person; 146,69 Euro für die viertälteste bis sechstälteste Person; 117,35 Euro ab der siebentältesten Person. – 4) Minderjährige: ab der siebten Person 117,35 Euro. – 5) Die angeführten Mindeststandards für Volljährige sind jene für Personen ab dem vollendeten 25. Lebensjahr. In Wien wird bei den volljährigen Personen (seit 01.02.2018) zwischen jenen bis zum und jenen ab dem vollendeten 25. Lebensjahr unterschieden. Für 18- bis unter 25-Jährige, die sich nicht in Ausbildung/Schulung oder Beschäftigung befinden, gelten niedrigere Mindeststandards.

Im Bereich der **Leistungen** unterscheidet sich die Sozialhilfe am stärksten von der Mindestsicherung: An die Stelle von Mindeststandards, die überschritten werden können, treten **Höchstsätze** (Maximalbeträge). Sachleistungen sind gegenüber Geldleistungen vorrangig zu gewähren, bei der Sicherung des Wohnbedarfs hat dieser Grundsatz in der Regel zu gelten (die Überweisung der Miete an den:die Vermieter:in stellt auch eine Sachleistung dar); der Wohnbedarf ist breiter gefasst, weil auch Hausrat, Heizung und Strom inkludiert sind – Bereiche, die in der Mindestsicherung zum Lebensunterhalt zählen.

Ausgangswert für die Summe der Geld- und Sachleistungen in der Sozialhilfe ist ebenfalls der Netto-Ausgleichszulagenrichtsatz für Alleinstehende, der auch hier für Alleinerziehende gilt. Die degressive Abstufung bei in Haushaltsgemeinschaften lebenden Personen wurde gegenüber der Mindestsicherung nach unten korrigiert, sodass Paaren 140 % (statt 150 %) zustehen. Ab der dritten **volljährigen** Person sind 45 % (statt 50 %) des Ausgangswertes vorgesehen. Die Summe aller Geldleistungen an volljährige Bezugsberechtigte ist pro Haushaltsgemeinschaft zudem mit 175 % des Nettoausgleichszulagenrichtsatzes für Alleinstehende begrenzt.⁷ Die für unterhaltsberechtigten **minderjährige** Personen mit Anspruch auf Familienbeihilfe im Grundsatzgesetz vorgesehen gewesene Staffelung wurde vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben.⁸ Da eine Neuregelung im Rahmen des Grundsatzgesetzes unterblieb, können die Länder die Prozentsätze für Minderjährige seither eigenständig festsetzen. Die Mehrheit hat an – gegenüber dem Grundsatzgesetz adaptierten – Staffeln festgehalten,⁹ in zwei Bundesländern gilt demgegenüber ein einheitlicher Satz¹⁰ (zu den entsprechenden Werten für 2022 siehe ebenfalls *Tabelle 1*).

Für Alleinerziehende kann ein nach der Kinderzahl gestaffelter **Zuschlag** (12 % für die erste, 9 % für die zweite, 6 % für die dritte und 3 % für jede weitere minderjährige Person) vorgesehen werden; fünf Länder haben das in dieser Form umgesetzt, Vorarlberg hat eine abweichende Regelung getroffen (hier erhöhen sich die angeführten Sätze für Minderjährige pro minderjährige Person um 3 %, wenn diese

- 7) Diese „Deckelungsbestimmung“ kann dadurch abgemildert werden, dass bei Überschreitung der Grenze ein Mindestbetrag von bis zu 20 % des Netto-Ausgleichszulagenrichtsatzes für Alleinstehende pro Person von der anteiligen Kürzung ausgenommen wird. Eine entsprechende Bestimmung bzw. Festlegung einer solchen Untergrenze ist in allen Sozialhilfe-Ausführungsgesetzen umgesetzt worden.
- 8) Der Verfassungsgerichtshof (Entscheidung vom Dezember 2019) sah in dieser Staffelung (25 % für die erste und 15 % für die zweite minderjährige Personen sowie 5 % ab der dritten minderjährigen Person) eine sachlich nicht gerechtfertigte und daher verfassungswidrige Schlechterstellung von Mehrkindfamilien.
- 9) Nieder- und Oberösterreich: 25 % bei einem Kind, 20 % bei zwei Kindern, 15 % bei drei Kindern, 12,5 % bei vier Kindern und 12 % bei fünf oder mehr Kindern; Steiermark: 21 % für das erste, zweite und dritte, 17,5 % ab dem vierten Kind; Vorarlberg: 27 % für das erste, zweite und dritte, 17 % ab dem vierten und 12 % ab dem siebenten Kind.
- 10) Kärnten: 21 %; Salzburg: bis 30.06.2022 ebenfalls 21 %, danach 25 %.

in Haushaltsgemeinschaft mit einer allerziehenden Person leben). Im Unterschied dazu ist der Zuschlag bei minder- und volljährigen Personen mit Behinderung (Behindertenpass-Inhaber:innen) in der Höhe von 18 % des Ausgangswertes verpflichtend zu gewähren.

Für die Berücksichtigung eines erhöhten Wohnbedarfs besteht die Möglichkeit der **Wohnkostenpauschale**: Hier können bis zu 70 % der Basisleistung (Bemessungsgrundlage) für das Wohnen verwendet werden, wobei dieser Anteil mit 40 % pauschal bewertet wird, sodass 60 % zur Unterstützung des allgemeinen Unterhalts verbleiben. Salzburg und Vorarlberg haben diese Möglichkeit analog umgesetzt, in der Steiermark erfolgt die Anhebung der Abgeltung von Wohnkosten nicht um bis zu 30 %, sondern um maximal 20 %. Die drei anderen Bundesländer sehen in ihren Sozialhilfebestimmungen keine Wohnkostenpauschale vor. Kärnten unterscheidet sich vom Grundsatzgesetz und den anderen Ländern auch darin, dass grundsätzlich nicht 40 %, sondern nur 25 % der Sozialhilfeleistung auf den Wohnbedarf entfallen.

Darüber hinaus lässt das Sozialhilfe-Grundsatzgesetz noch zu, dass die Bundesländer im Einzelfall zur Vermeidung besonderer **Härtefälle** zusätzliche Sachleistungen zur Unterstützung des allgemeinen Lebensunterhalts oder zur Abdeckung außergewöhnlicher Kosten des Wohnbedarfs gewähren.

Was schließlich die Leistungen bei **Krankheit, Schwangerschaft und Entbindung** betrifft, so wurden diese im Grundsatzgesetz nicht geregelt; in allen Sozialhilfe-Ausführungsgesetzen sind aber die aus der Mindestsicherung bekannten Bestimmungen (vor allem die KV-Beitragsübernahme für vormals nichtversicherte Leistungsbezieher:innen) zu finden.

Statistische Vorgaben und ihre Umsetzung

Mindestsicherung

Basis der **Mindestsicherungsstatistik** (MS-Statistik) ab dem Berichtsjahr 2017 ist ein informelles Bund-Länder-Übereinkommen, dessen Inhalte im „Handbuch Gemeinsame Statistik über die Mindestsicherung (Mindestsicherungsstatistik), Version Oktober 2017“ festgelegt sind. Es wurde nach dem Auslaufen der Bund-Länder-Vereinbarung zur bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS) Ende 2016 und dem damit verbundenen Entfall der Grundlage für die BMS-Statistik zur Weiterführung und Qualitätsverbesserung der Statistik geschaffen.

Die MS-Statistik erfasst – analog zur BMS-Statistik – die Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts und des Wohnbedarfs (25 % Wohnkostenanteil und ergänzende Wohnbedarfshilfe) außerhalb stationärer Einrichtungen sowie die Krankenhilfe (Einbeziehung in die Krankenversicherung, d.h. Übernahme der Krankenversicherungsbeiträge, und allfällige sonstige Leistungen, wie z. B. Selbstbehalte). Kinder, die selbst nicht von der Mindestsicherung unterstützt werden

(in der Regel wegen des den Mindeststandard übersteigenden Unterhalts), aber in einer Bedarfsgemeinschaft¹¹ mit Mindestsicherungsbezug leben, werden – im Unterschied zur BMS-Statistik – ebenfalls zum erfassten Personenkreis gezählt; neu ist auch, dass die MS-Statistik volljährige Kinder bei den Kindern und nicht wie die BMS-Statistik bei den Erwachsenen (Frauen, Männern) ausweist.

Die im Rahmen der Wohnbauförderung gewährte Wohnbeihilfe, Betreuungs- und Pflegeleistungen, Leistungen aus dem Titel der Hilfe zur Erziehung und Erwerbsbefähigung sowie der ausschließliche Bezug von Taschengeldern und von Hilfen in besonderen Lebenslagen oder sonstigen spezifischen (einmaligen) Aushilfen (z. B. für Energiekostennachzahlungen oder Begräbniskosten) fallen weiterhin nicht in den Erfassungsbereich.

Eine wesentliche Qualitätsverbesserung bedeutet die **Erweiterung der Erhebungsmerkmale**: Ab 2017 stehen auf Bundesebene erstmals auch Daten zum Alter, zur Staatsangehörigkeit, zum aufenthaltsrechtlichen Status, zum Erwerbsstatus, zu den angerechneten Einkünften, zu Teil- und Vollbezug sowie zu Sanktionen und Leistungen zum Arbeitsanreiz zur Verfügung. Ebenfalls neu sind die zusätzlichen zeitlichen Darstellungsformen: Gab es in der BMS-Statistik nur Jahressummen, so liegen nun auch Angaben zu Monaten (April und November) und zum Jahresdurchschnitt (Mittelwert der Monate) vor.

Nicht zuletzt stellen der mit der MS-Statistik eingeleitete Umstieg von der Aggregatdatenübermittlung auf die Zurverfügungstellung von (pseudonymisierten) **Einzeldaten** und die frühere Verfügbarkeit dieser Daten wesentliche qualitative Weiterentwicklungen dar. Die **Datenübermittlung** der Länder an Statistik Austria wurde auf spätestens Ende April und die Erstellung der Statistikergebnisse (durch Statistik Austria) auf spätestens Ende Juni des Folgejahres vorverlegt.

Sozialhilfe

Grundlage für die (neue)¹² **Sozialhilfestatistik** (SH-Statistik) ab dem Berichtsjahr 2020 ist neben dem eingangs erwähnten Sozialhilfe-Statistikgesetz das „Handbuch Sozialhilfestatistik ab dem Berichtsjahr 2020. Stand: 28.01.2020“; letzteres ist, aufbauend auf dem Handbuch zur MS-Statistik, ebenfalls in Zusammenarbeit zwischen Bundesländern, Sozialministerium und Statistik Austria entstanden.

Die Länder werden erstmals in diesem Bereich zur Übermittlung von monatlichen (pseudonymisierten) Einzeldaten

- 11) Der Begriff der Bedarfsgemeinschaft bezeichnet jene Personen, denen gemeinsam eine Leistung zuerkannt wird (Einheit der Leistungsbemessung in der Mindestsicherung/Sozialhilfe). Die Bedarfsgemeinschaft kann eine oder mehrere Personen umfassen, in einem Haushalt kann mehr als eine Bedarfsgemeinschaft vorkommen.
- 12) Im Unterschied zur alten Sozialhilfestatistik, die es vor Einführung der BMS-Statistik bis zum Berichtsjahr 2010 gab, und die mit der neuen Sozialhilfestatistik in der Form nicht vergleichbar ist.

verpflichtet. Die Erhebungsmerkmale sind mit jenen der MS-Statistik weitgehend identisch, in einigen Punkten aber erweitert bzw. abgeändert worden: Neu zu erheben sind die Staatsangehörigkeit und der Geburtsort der leiblichen Eltern der Sozialhilfe beziehenden Person sowie die Höhe und Art der Geld- und Sachleistungen (sowohl auf Personen- als auch auf Haushaltsgemeinschaftsebene). Bei den Leistungen kommen als Neuerungen der Alleinerzieher:innenzuschlag und der Behindertenzuschlag hinzu, deren Erfassung zwar nicht gemäß Sozialhilfe-Statistikgesetz, aber laut Handbuch vorgesehen ist.

Die Haushaltsgemeinschaft tritt vom Gesetz her grundsätzlich an die Stelle der Bedarfsgemeinschaft als maßgebliche Erhebungseinheit (neben der Person). Da die Länder die Bedarfsgemeinschaft aber weiterhin als Leistungseinheit bzw. zur Leistungsbemessung heranziehen, werden die Daten, so ist es im Handbuch festgehalten, de facto in der Regel auch weiterhin auf dieser Ebene zur Verfügung gestellt werden. Anders bzw. genauer erhoben wird in der SH-Statistik die Bezugsdauer: Die kleinste Bezugsperiode ist nicht mehr wie in der MS-Statistik der Monat, sondern der Tag (als Erhebungsmerkmale sind das Beginn- und das Enddatum des Bezugs im jeweiligen Monat zu melden).

Umsetzung

Für die Erstellung der Mindestsicherungs- und Sozialhilfestatistik 2022 standen von acht Bundesländern (Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol, Wien) (pseudonymisierte) Einzeldaten, von einem (Vorarlberg) aggregierte Daten zur Verfügung; in den Vorjahren war die Relation noch sieben zu zwei gewesen (die Steiermark wechselte von den Aggregat- zu den Einzeldatenbundesländern).

Während die statistischen Ergebnisse auf Basis der Einzeldaten nur geringfügige Lücken aufweisen (Burgenland, Niederösterreich),¹³ sind die Aggregatdaten Vorarlbergs zu erheblichen Teilen unvollständig bzw. auch in ihrer sonstigen **Datenqualität** nicht zur Gänze den Vorgaben entsprechend.¹⁴ Indem die Einzeldatenfundierung gegenüber dem Vorjahr durch ein weiteres Bundesland zugenommen hat, konnte die Datenqualität aber insgesamt deutlich gesteigert werden. Da die Plausibilitätsprüfung bei letzterem eine längere Zeit in Anspruch nahm, wurde die Statistik erst Ende Juli fertiggestellt und an das Sozialministerium als Auftraggeber übermittelt.

13) Burgenland: fehlende Untergliederungen bei den (Nicht-)Erwerbstätigen; Niederösterreich: fehlende Personenangaben im Bereich Einbeziehung in die Krankenversicherung.

14) Betroffen davon sind die Angaben zu den Kindern, zum Erwerbsstatus, zu den angerechneten Einkünften, zu Teil-/Vollbezug, zu den Bedarfsgemeinschaftskategorien und zur Höhe des Leistungsbezugs. Vorarlberg ist auch das einzige Bundesland, das trotz Inkrafttretens seines Ausführungsgesetzes zur Sozialhilfe (April 2021) bislang keine Einzeldaten zur Verfügung gestellt hat.

Statistische Ergebnisse

Die Mindestsicherungs- und Sozialhilfestatistik ist auf der Website von Statistik Austria¹⁵ veröffentlicht. Auf der Website des Sozialministeriums können die für den Auftraggeber erstellten Berichte zur aktuellen und den Vorjahresstatistiken abgerufen werden.¹⁶

Die folgende Darstellung konzentriert sich auf die wichtigsten Ergebnisse zu Umfang und Struktur des Leistungsbezugs sowie zur Höhe des Leistungsanspruchs und der Ausgaben 2022, wobei auch auf Veränderungen zum Vorjahr bzw. den Vorjahren eingegangen wird.

Umfang und Struktur des Leistungsbezugs

Personen und Bedarfsgemeinschaften – Jahressummen

2022 lebten insgesamt 254 149 Personen in 147 488 von der Mindestsicherung oder Sozialhilfe unterstützten Bedarfsgemeinschaften. Die Anzahl der Personen nahm gegenüber dem Vorjahr um 10 603 (-4,0 %), jene der Bedarfsgemeinschaften um 4 434 (-2,9 %) ab. Seit dem Höchststand im Jahr 2017 summierte sich der Rückgang bei den Personen auf 78 087 (-23,5 %) und bei den Bedarfsgemeinschaften auf 37 498 (-20,3 %) (Tabelle 2).

In Oberösterreich gab es 2022 mehr als die Hälfte weniger Bezieher:innen als 2017, hier fiel die Abnahme relativ am

- 15) Siehe www.statistik.at > Statistiken > Bevölkerung und Soziales > Sozialleistungen > Mindestsicherung und Sozialhilfe.
- 16) Siehe *BMSGPK*: „Sozialhilfe und Mindestsicherung“, Website *BMSGPK* > Themen > Soziales > Sozialhilfe und Mindestsicherung.

stärksten aus (Personen: -59,2 %; Bedarfsgemeinschaften: -52,2 %), während in Wien der Rückgang am geringsten war (-13,0 % bzw. -11,6 %). Die meisten anderen Bundesländer verzeichneten ebenfalls überdurchschnittliche Rückgänge.

Während die rückläufige Entwicklung im Zeitraum 2017 bis 2019 vor allem auf die verbesserte Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage zurückzuführen war, haben in den Coronajahren 2020 und 2021 die Maßnahmen zur Krisenbewältigung – Einmalzahlungen an Arbeitslose, befristete Anhebung der Notstandshilfe, Mietstundungen, Kurzarbeitsbeihilfe, diverse Wirtschaftshilfen – wesentlich dazu beigetragen, dass die nachgelagerten Sozialleistungssysteme Mindestsicherung und Sozialhilfe nicht in verstärktem Ausmaß in Anspruch genommen werden mussten, sondern der Leistungsbezug sogar weiter abnahm. 2021 und vor allem 2022 kamen die wirtschaftliche Erholung und der Rückgang der Arbeitslosigkeit wieder als begünstigende Faktoren hinzu.

Für die Betrachtung der Entwicklung seit 2012, dem ersten Jahr der BMS-Statistik,¹⁷ müssen die Daten um die Anzahl der nicht unterstützten Kinder bereinigt werden.¹⁸ 2022 lag die bereinigte Jahressumme bei 235 328 unterstützten

17) 2012 war das erste vollständige Berichtsjahr dieser Statistik (Die BMS-Einführung in den Bundesländern dauerte von Anfang September 2010 bis Anfang Oktober 2011).

18) Im Fall Vorarlbergs und der Steiermark ist diese Bereinigung nicht bzw. nicht durchgängig möglich, für beide Länder sind daher die nicht unterstützten Kinder in der Zeitreihe 2012–2022 enthalten.

| Bundesland | Anzahl ¹ | | | | | | Veränderung in % | | | | | |
|--|---------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|------------------|--------------|-------------|-------------|-------------|--------------|
| | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2017/18 | 2018/19 | 2019/20 | 2020/21 | 2021/22 | 2017/22 |
| Personen | 332 236 | 310 716 | 287 593 | 277 650 | 264 752 | 254 149 | -6,5 | -7,4 | -3,5 | -4,6 | -4,0 | -23,5 |
| Burgenland | 3 941 | 3 296 | 3 055 | 2 753 | 2 610 | 2 467 | -16,4 | -7,3 | -9,9 | -5,2 | -5,5 | -37,4 |
| Kärnten ² | 6 521 | 7 498 | 7 084 | 6 630 | 5 960 | 5 155 | 15,0 | -5,5 | -6,4 | -10,1 | -13,5 | -20,9 |
| Niederösterreich ³ | 28 798 | 25 620 | 24 349 | 22 100 | 18 816 | 16 480 | -11,0 | -5,0 | -9,2 | -14,9 | -12,4 | -42,8 |
| Oberösterreich | 22 538 | 20 966 | 18 041 | 16 428 | 12 288 | 9 186 | -7,0 | -14,0 | -8,9 | -25,2 | -25,2 | -59,2 |
| Salzburg | 14 387 | 13 390 | 11 947 | 11 197 | 9 638 | 8 173 | -6,9 | -10,8 | -6,3 | -13,9 | -15,2 | -43,2 |
| Steiermark | 27 784 | 25 455 | 22 904 | 22 313 | 21 194 | 20 002 | -8,4 | -10,0 | -2,6 | -5,0 | -5,6 | -28,0 |
| Tirol | 19 406 | 18 277 | 16 812 | 15 680 | 15 169 | 13 883 | -5,8 | -8,0 | -6,7 | -3,3 | -8,5 | -28,5 |
| Vorarlberg | 13 623 | 13 180 | 12 084 | 10 832 | 9 854 | 8 989 | -3,3 | -8,3 | -10,4 | -9,0 | -8,8 | -34,0 |
| Wien | 195 238 | 183 034 | 171 317 | 169 717 | 169 223 | 169 814 | -6,3 | -6,4 | -0,9 | -0,3 | 0,3 | -13,0 |
| Bedarfsgemeinschaften⁴ | 184 986 | 172 447 | 154 058 | 156 557 | 151 922 | 147 488 | -6,8 | -10,7 | 1,6 | -3,0 | -2,9 | -20,3 |
| Burgenland | 2 180 | 1 835 | 1 733 | 1 602 | 1 508 | 1 455 | -15,8 | -5,6 | -7,6 | -5,9 | -3,5 | -33,3 |
| Kärnten ⁵ | 4 193 | 4 176 | 3 956 | 3 710 | 3 682 | 3 363 | -0,4 | -5,3 | -6,2 | -0,8 | -8,7 | -19,8 |
| Niederösterreich ⁶ | 13 819 | 12 200 | 11 428 | 11 700 | 11 819 | 10 649 | -11,7 | -6,3 | 2,4 | 1,0 | -9,9 | -22,9 |
| Oberösterreich | 11 389 | 10 530 | 9 266 | 8 797 | 7 059 | 5 440 | -7,5 | -12,0 | -5,1 | -19,8 | -22,9 | -52,2 |
| Salzburg | 8 278 | 7 599 | 6 736 | 6 365 | 5 440 | 4 736 | -8,2 | -11,4 | -5,5 | -14,5 | -12,9 | -42,8 |
| Steiermark | 14 219 | 13 128 | 11 925 | 12 096 | 10 938 | 9 506 | -7,7 | -9,2 | 1,4 | -9,6 | -13,1 | -33,1 |
| Tirol | 10 166 | 9 102 | 8 096 | 7 530 | 7 569 | 7 023 | -10,5 | -11,1 | -7,0 | 0,5 | -7,2 | -30,9 |
| Vorarlberg | 6 080 | 5 751 | 5 160 | 4 690 | 4 294 | 3 993 | -5,4 | -10,3 | -9,1 | -8,4 | -7,0 | -34,3 |
| Wien | 114 662 | 108 126 | 95 758 | 100 067 | 99 613 | 101 323 | -5,7 | -11,4 | 4,5 | -0,5 | 1,7 | -11,6 |

Q: STATISTIK AUSTRIA, Mindestsicherungs- und Sozialhilfestatistik. – Mindestsicherung: 2017–2019 in allen Bundesländern, 2020–2022 im Burgenland, in Tirol und Wien; Mindestsicherung und Sozialhilfe: 2020–2021 in Nieder- und Oberösterreich, 2021 in Kärnten, Nieder- und Oberösterreich, Salzburg, Steiermark und Vorarlberg; Sozialhilfe: 2022 in Kärnten, Nieder- und Oberösterreich, Salzburg, Steiermark und Vorarlberg.
1) Jahressummen. – 2) 2017 ohne nicht unterstützte Kinder in Bedarfsgemeinschaftshaushalten mit Mindestsicherungsbezug. – 3) 2017–2020: ohne nicht unterstützte Kinder in Bedarfsgemeinschaftshaushalten mit Mindestsicherungsbezug; 2020: geschätzte Jahressumme; 2021: ohne jene Personen, die noch ausschließlich Mindestsicherung bezogen haben (insgesamt 53). – 4) Die Bedarfsgemeinschaft ist die Einheit der Leistungsbemessung in der Mindestsicherung/ Sozialhilfe. Eine Bedarfsgemeinschaft kann eine oder mehrere Personen umfassen; ein Haushalt kann aus mehr als einer Bedarfsgemeinschaft bestehen. – 5) 2017: geschätzte Jahressumme. – 6) 2020: geschätzte Jahressumme; 2021: ohne jene Bedarfsgemeinschaften, die noch ausschließlich Mindestsicherung bezogen haben (insgesamt 37).

Personen in der Mindestsicherung und Sozialhilfe 2012 bis 2022

Tabelle 3

| Bundesland | Anzahl ¹ | | | | | | | | | | |
|-------------------------------|---------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|
| | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 |
| Österreich | 221 341 | 238 392 | 256 405 | 284 374 | 307 533 | 307 854 | 289 646 | 267 683 | 260 114 | 245 928 | 235 328 |
| Burgenland | 3 023 | 3 203 | 3 424 | 3 776 | 3 851 | 3 775 | 3 257 | 3 001 | 2 692 | 2 549 | 2 407 |
| Kärnten | 4 979 | 5 020 | 5 186 | 5 498 | 6 209 | 6 521 | 6 711 | 6 356 | 5 725 | 5 268 | 4 577 |
| Niederösterreich ² | 18 966 | 21 407 | 24 138 | 26 551 | 30 566 | 28 798 | 25 620 | 24 349 | 22 100 | 16 722 | 14 534 |
| Oberösterreich | 14 214 | 16 200 | 17 594 | 19 587 | 20 379 | 20 421 | 18 941 | 16 252 | 14 715 | 10 949 | 8 057 |
| Salzburg | 12 039 | 12 468 | 13 376 | 14 358 | 14 728 | 13 929 | 12 967 | 11 577 | 10 846 | 8 817 | 7 460 |
| Steiermark ³ | 19 552 | 22 104 | 25 604 | 28 704 | 28 702 | 27 784 | 25 455 | 22 904 | 22 313 | 21 194 | 20 002 |
| Tirol | 13 465 | 14 258 | 15 220 | 15 914 | 16 536 | 17 486 | 16 232 | 15 413 | 15 144 | 14 620 | 12 953 |
| Vorarlberg ³ | 8 583 | 9 523 | 10 289 | 11 611 | 13 078 | 13 623 | 13 180 | 12 084 | 10 832 | 9 854 | 8 989 |
| Wien ⁴ | 126 520 | 134 209 | 141 574 | 158 375 | 173 484 | 175 517 | 167 283 | 155 747 | 155 747 | 155 955 | 156 349 |
| Bundesland | Veränderung in % | | | | | | | | | | |
| | 2012/13 | 2013/14 | 2014/15 | 2015/16 | 2016/17 | 2017/18 | 2018/19 | 2019/20 | 2020/21 | 2021/22 | 2012/22 |
| Österreich | 7,7 | 7,6 | 10,9 | 8,1 | 0,1 | -5,9 | -7,6 | -2,8 | -5,5 | -4,3 | 6,3 |
| Burgenland | 6,0 | 6,9 | 10,3 | 2,0 | -2,0 | -13,7 | -7,9 | -10,3 | -5,3 | -5,6 | -20,4 |
| Kärnten | 0,8 | 3,3 | 6,0 | 12,9 | 5,0 | 2,9 | -5,3 | -9,9 | -8,0 | -13,1 | -8,1 |
| Niederösterreich | 12,9 | 12,8 | 10,0 | 15,1 | -5,8 | -11,0 | -5,0 | -9,2 | -24,3 | -13,1 | -23,4 |
| Oberösterreich | 14,0 | 8,6 | 11,3 | 4,0 | 0,2 | -7,2 | -14,2 | -9,5 | -25,6 | -26,4 | -43,3 |
| Salzburg | 3,6 | 7,3 | 7,3 | 2,6 | -5,4 | -6,9 | -10,7 | -6,3 | -18,7 | -15,4 | -38,0 |
| Steiermark | 13,1 | 15,8 | 12,1 | 0,0 | -3,2 | -8,4 | -10,0 | -2,6 | -5,0 | -5,6 | 2,3 |
| Tirol | 5,9 | 6,7 | 4,6 | 3,9 | 5,7 | -7,2 | -5,0 | -1,7 | -3,5 | -11,4 | -3,8 |
| Vorarlberg | 11,0 | 8,0 | 12,8 | 12,6 | 4,2 | -3,3 | -8,3 | -10,4 | -9,0 | -8,8 | 4,7 |
| Wien | 6,1 | 5,5 | 11,9 | 9,5 | 1,2 | -4,7 | -6,9 | 0,0 | 0,1 | 0,3 | 23,6 |

Q: STATISTIK AUSTRIA, Mindestsicherungs- und Sozialhilfestatistik. – Mindestsicherung: 2017–2019 in allen Bundesländern, 2020–2022 im Burgenland, in Tirol und Wien; Mindestsicherung und Sozialhilfe: 2020–2021 in Nieder- und Oberösterreich, 2021 in Kärnten, Nieder- und Oberösterreich, Salzburg, Steiermark und Vorarlberg; Sozialhilfe: 2022 in Kärnten, Nieder- und Oberösterreich, Salzburg, Steiermark und Vorarlberg.
 1) Jahressummen. – 2) 2020: geschätzte Jahressumme; 2021: ohne jene Personen, die noch ausschließlich Mindestsicherung bezogen haben (insgesamt 53). – 3) Einschließlich der Kinder, die nicht von der Mindestsicherung/Sozialhilfe unterstützt werden (z. B. wegen Unterhaltsleistungen), aber in Bedarfsgemeinschaftshaushalten mit Mindestsicherungs- bzw. Sozialhilfebezug leben. – 4) 2019 und 2020: identer Wert nach Abzug der nicht unterstützten Kinder.

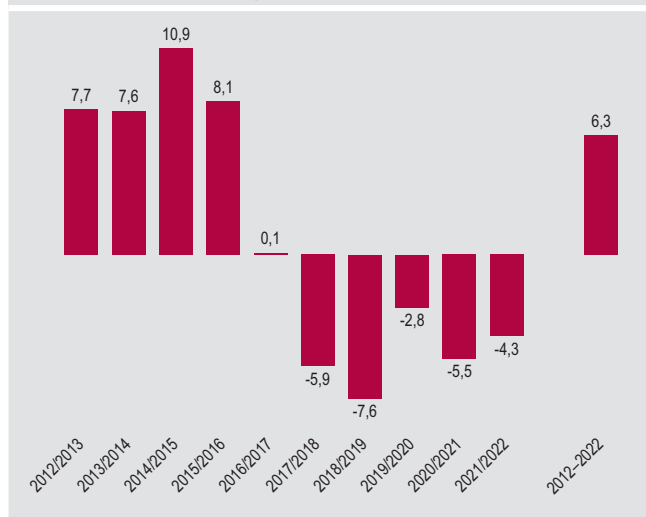
Personen;¹⁹ das waren um 10 600 (-4,3 %) weniger als im Vorjahr und um 72 526 (-23,6 %) weniger als 2017, aber um 13 987 (+6,3 %) mehr als 2012 (Tabelle 3).²⁰

Der **Gesamtanstieg** im Zeitraum 2012 bis 2022 resultiert zur Gänze aus den starken Zuwächsen, die in den ersten vier Jahren beim Bezug der Mindestsicherung zu verzeichnen waren (Grafik 1) und folgende Gründe haben: Ausweitung des anspruchsberechtigten Personenkreises durch die höheren Mindeststandards und andere systemische Verbesserungen im Vergleich zur (alten) Sozialhilfe (z. B. Einschränkung des Regresses) einerseits, Verschlechterung der Arbeitsmarktlage (vor allem starke Zunahme der Arbeitslosigkeit), Anstieg bei den Wohnungs- und Lebenshaltungskosten, aber auch das Zusammentreffen multipler Problemlagen (Krankheit, Ausbildungsdefizite, fehlende Kinderbetreuungseinrichtungen etc.) andererseits.²¹

- 19) 2022 betrug die Zahl der (minder- und volljährigen) Kinder, die in Bedarfsgemeinschaftshaushalten mit Mindestsicherungs- bzw. Sozialhilfebezug lebten, diese Unterstützung selbst aber nicht bezogen, 20 499 (2021: 20 568); zu den 18 821, die sich aus der Differenz der beiden Gesamtsummen (254 149 minus 235 328) ergeben, muss noch die Anzahl der nicht unterstützten Kinder in der Steiermark (1 678) hinzugerechnet werden.
- 20) Bei den Bedarfsgemeinschaften betrug die Veränderung im Zeitraum 2012 bis 2022 +13 775 bzw. +10,3 %.
- 21) Vgl. näher dazu die vom Sozialministerium herausgegebenen Berichte des Arbeitskreises Bedarforientierte Mindestsicherung sowie die von den Bundesländern veröffentlichten Sozialberichte und -statistiken für diese Jahre.

Anzahl der Personen in der Mindestsicherung/Sozialhilfe – prozentuelle Veränderungen ab 2012¹

Grafik 1

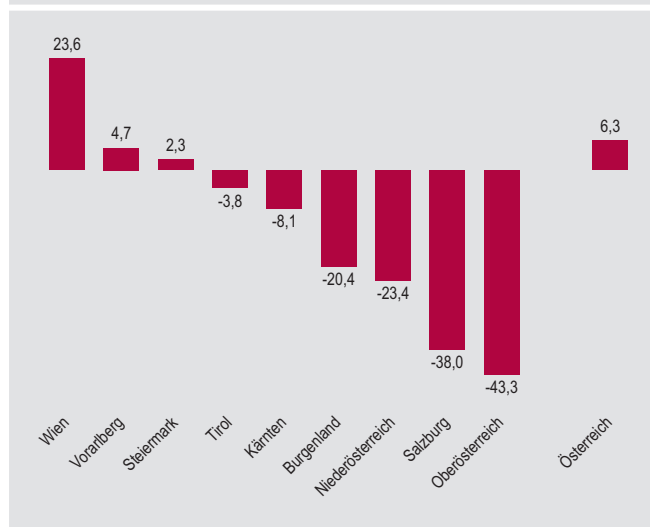


Q: STATISTIK AUSTRIA, Mindestsicherungs- und Sozialhilfestatistik.
 1) Basis: Jahressummen.

Getragen wurde der Zuwachs 2012–2022 im Wesentlichen von Wien (+23,6 %) und in kleinerem Umfang von Vorarlberg (+4,7 %) und der Steiermark (+2,3 %), während in den anderen Bundesländern die Bezieher:innen-Zahlen zurückgingen, am stärksten in Oberösterreich (-43,3 %) und Salzburg (-38,0 %) (Grafik 2).²²

- 22) Bei den Bedarfsgemeinschaften waren ebenfalls Wien (+27,0 %) und Oberösterreich (-40,2 %) die Pole der stark unterschiedlichen Entwicklung.

Anzahl der Personen in der Mindestsicherung/Sozialhilfe nach Bundesländern – prozentuelle Veränderungen 2012–2022¹ Grafik 2



Q: STATISTIK AUSTRIA, Mindestsicherungs- und Sozialhilfestatistik.
1) Basis: Jahressummen.

Personen – Jahresdurchschnitt

Da bei weitem nicht alle Personen ganzjährig auf die Mindestsicherung/Sozialhilfe angewiesen sind, ist der Jahresdurchschnitt (Mittelwert der Monate) deutlich niedriger als die Jahressumme, in der jede Person unabhängig von der Länge ihrer Bezugs- bzw. Verweildauer erfasst wird.

2022 wurden pro Monat durchschnittlich 189 957 Personen unterstützt, um 9 217 (-4,6 %) weniger als im Vorjahr; die

Personen und Bedarfsgemeinschaften in der Mindestsicherung und Sozialhilfe im Jahresdurchschnitt 2022 Tabelle 4

| Bundesland | Anzahl | Anteil in % | Veränderung in % gegenüber ... | |
|--|----------------|--------------|--------------------------------|--------------|
| | | | 2021 | 2017 |
| Personen | 189 957 | 100,0 | -4,6 | -20,7 |
| Burgenland | 1 817 | 1,0 | -9,3 | -36,3 |
| Kärnten | 3 389 | 1,8 | -13,1 | -39,9 |
| Niederösterreich | 11 518 | 6,1 | -13,2 | -33,8 |
| Oberösterreich | 5 788 | 3,0 | -23,5 | -60,8 |
| Salzburg | 5 035 | 2,7 | -15,8 | -44,7 |
| Steiermark | 13 938 | 7,3 | -8,3 | -24,2 |
| Tirol | 9 598 | 5,1 | -8,2 | -26,7 |
| Vorarlberg | 4 571 | 2,4 | -11,5 | -43,5 |
| Wien | 134 303 | 70,7 | -1,0 | -10,6 |
| Bedarfsgemeinschaften¹ | 103 038 | 100,0 | -3,4 | -19,0 |
| Burgenland | 1 080 | 1,0 | -7,1 | -32,2 |
| Kärnten | 2 043 | 2,0 | -9,7 | -16,5 |
| Niederösterreich | 6 128 | 5,9 | -9,2 | -27,9 |
| Oberösterreich | 3 507 | 3,4 | -18,2 | -53,0 |
| Salzburg | 2 970 | 2,9 | -12,6 | -42,3 |
| Steiermark | 6 668 | 6,5 | -12,9 | -28,2 |
| Tirol | 4 499 | 4,4 | -6,1 | -29,2 |
| Vorarlberg | 2 017 | 2,0 | -7,5 | -39,2 |
| Wien | 74 125 | 71,9 | 0,0 | -10,9 |

Q: STATISTIK AUSTRIA, Mindestsicherungs- und Sozialhilfestatistik. – Mindestsicherung: Burgenland, Tirol und Wien; Sozialhilfe: die anderen Bundesländer.

1) Die Bedarfsgemeinschaft ist die Einheit der Leistungsbemessung in der Mindestsicherung/Sozialhilfe. Eine Bedarfsgemeinschaft kann eine oder mehrere Personen umfassen; ein Haushalt kann aus mehr als einer Bedarfsgemeinschaft bestehen.

Abnahme war in allen Bundesländern gegeben und reichte, prozentuell gesehen, von 1,0 % in Wien bis 23,5 % in Oberösterreich. Seit 2017 betrug der Rückgang insgesamt 20,7 % (-49 524 Personen); mit mehr als der Hälfte weniger Unterstützten fiel er ebenfalls in Oberösterreich (-60,8 %) am stärksten und in der Bundeshauptstadt (-10,6 %) am geringsten aus (Tabelle 4).

Wien lag mit einer **Bezugsquote** von 6,8 % (2021: 7,1 %) weit vor den anderen Bundesländern, deren Anteil der Personen in der Mindestsicherung/Sozialhilfe an der Bevölkerung von 0,4 % (Oberösterreich) bis 1,3 % (Tirol) reichte (Durchschnitt: 2,1 %; 2021: 2,2 %). Über 70 % der unterstützten Personen hatten ihren Wohnsitz in der Bundeshauptstadt, während in den Bundesländern zwischen 1 % (Burgenland) und 7 % (Steiermark) lebten.

Wie in den Vorjahren gab es auch 2022 mehr **weibliche** (51 %) als männliche (49 %) Bezieher:innen (Tabelle 5). Der **Kinderanteil** (35 %) ging leicht zurück (2021: 36 %); er war in Tirol (44 %) am höchsten und in Kärnten (30 %) am niedrigsten (Grafik 3). 81 % der Kinder wurden direkt im Rahmen der Mindestsicherung/Sozialhilfe unterstützt (2021: 82 %), die restlichen 19 % erhielten ihren Bedarf durch andere Zahlungen (vor allem Unterhaltsleistungen) gedeckt; 96 % waren minderjährig (2021: 95 %), 4 % volljährig.²³

Analog zum Vorjahr stand mehr als die Hälfte der Personen mit Mindestsicherungs- bzw. Sozialhilfebezug (54 %) im Haupterwerbsalter (19 bis 60 Jahre), 36 % waren jünger, 11 % älter.²⁴

2022 bezogen deutlich mehr Personen aus Drittstaaten (49 %) als österreichische **Staatsangehörige** (43 %) Mindestsicherung/Sozialhilfe (2021 lag das Verhältnis bei 46 zu 45 Prozent). Der Rest setzte sich aus EU-/EWR-/Schweizer-Staatsangehörigen (7 %) und sonstigen Personen (staatenlos, unbekannte Staatsangehörigkeit) zusammen (Tabelle 5). Einen überdurchschnittlich hohen Anteil an nicht-österreichischen Bezieher:innen (Durchschnittswert: 57 %; 2021: 55 %) gab es in Vorarlberg (64 %), Tirol (62 %) und Wien (60 %), vergleichsweise wenige im Burgenland (31 %).

40 % (2021: 38 %) der Personen in der Mindestsicherung/Sozialhilfe waren **Asylberechtigte** (35 %) oder **subsidiär Schutzberechtigte** (5 %), mit ebenfalls überdurchschnittlich hohen Anteilen in Vorarlberg und Tirol (jeweils 45 %) sowie Wien (42 %) und einem geringen im Burgenland (14 %).

23) Die Prozentanteile zu unterstützt bzw. nicht unterstützt und minderjährig bzw. volljährig beziehen sich auf die Zahl von 65 805 Kindern im Jahresdurchschnitt (ohne Vorarlberg). Der Referenzwert für den Kinderanteil sind 185 386 Personen (wiederum ohne Vorarlberg, weil für dieses Bundesland auch die Angaben zu den Frauen und Männern fehlen).

24) Rundungsdifferenzen wurden hierbei und im weiteren Textverlauf nicht ausgeglichen.

Anzahl der Personen in der Mindestsicherung und Sozialhilfe im Jahresdurchschnitt 2022

Tabelle 5

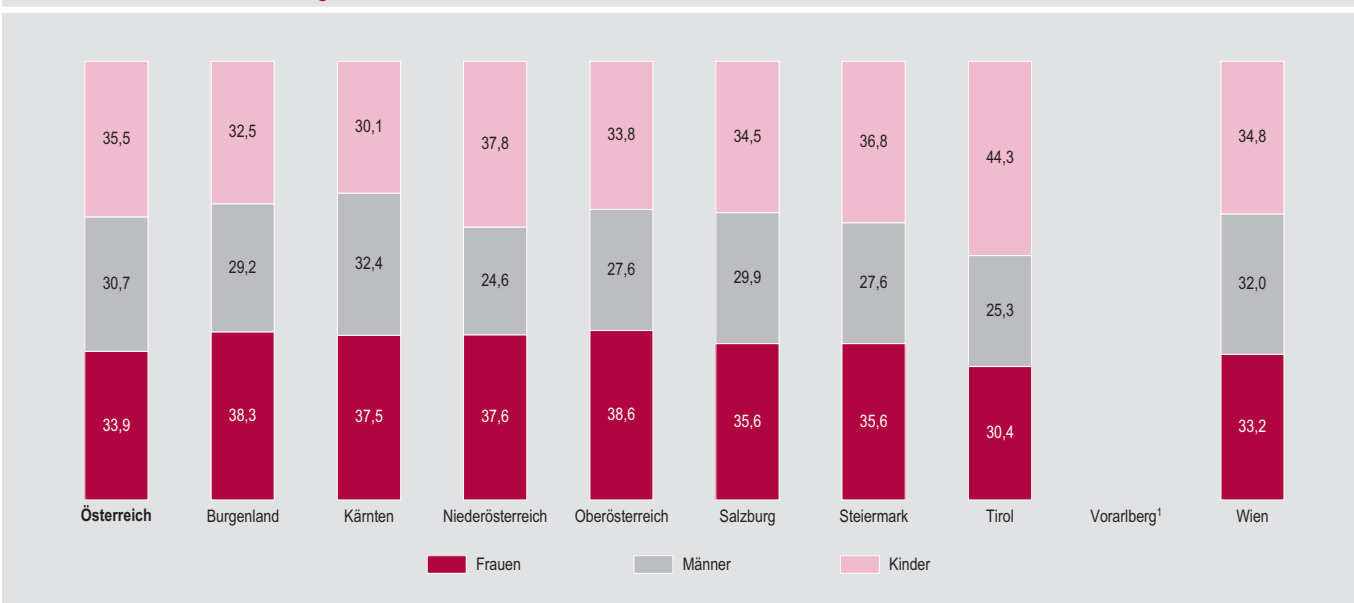
| Merkmal | Österreich ¹ | Burgenland | Kärnten | Nieder- österreich | Ober- österreich | Salzburg | Steiermark | Tirol | Vorarlberg ² | Wien |
|---|-------------------------|--------------|--------------|-----------------------|---------------------|--------------|---------------|--------------|-------------------------|----------------|
| Insgesamt | 189 957 | 1 817 | 3 389 | 11 518 | 5 788 | 5 035 | 13 938 | 9 598 | 4 571 | 134 303 |
| Geschlecht | | | | | | | | | | |
| Weiblich | 96 971 | 992 | 1 754 | 6 455 | 3 206 | 2 666 | 7 472 | 4 961 | 2 277 | 67 191 |
| Männlich | 92 986 | 826 | 1 635 | 5 063 | 2 582 | 2 369 | 6 467 | 4 638 | 2 294 | 67 112 |
| Frauen/Männer/Kinder | | | | | | | | | | |
| Frauen | 62 757 | 696 | 1 272 | 4 334 | 2 234 | 1 792 | 4 965 | 2 917 | . | 44 546 |
| Männer | 56 824 | 531 | 1 097 | 2 834 | 1 598 | 1 506 | 3 845 | 2 428 | . | 42 983 |
| Kinder | 65 805 | 590 | 1 020 | 4 349 | 1 956 | 1 736 | 5 128 | 4 253 | . | 46 773 |
| Minderjährige Kinder | 62 861 | 552 | 866 | 3 870 | 1 827 | 1 677 | 4 653 | 3 997 | . | 45 420 |
| Volljährige Kinder | 2 944 | 39 | 154 | 479 | 129 | 59 | 475 | 256 | . | 1 354 |
| Unterstützte Kinder | 53 349 | 549 | 690 | 3 169 | 1 348 | 1 332 | 4 102 | 3 662 | . | 38 498 |
| Nicht unterstützte Kinder | 12 455 | 41 | 330 | 1 181 | 608 | 404 | 1 025 | 591 | . | 8 275 |
| Altersgruppe | | | | | | | | | | |
| 0–14 Jahre | 55 323 | 485 | 737 | 3 344 | 1 607 | 1 420 | 4 341 | 3 522 | 1 410 | 38 458 |
| 15–18 Jahre | 12 660 | 85 | 198 | 713 | 301 | 315 | 993 | 647 | 373 | 9 034 |
| 19–25 Jahre | 17 869 | 152 | 345 | 932 | 472 | 413 | 1 212 | 816 | 555 | 12 973 |
| 26–35 Jahre | 29 000 | 291 | 511 | 1 635 | 866 | 722 | 1 930 | 1 516 | 668 | 20 862 |
| 36–45 Jahre | 25 229 | 236 | 399 | 1 530 | 674 | 691 | 1 830 | 1 357 | 575 | 17 936 |
| 46–55 Jahre | 19 486 | 238 | 472 | 1 398 | 654 | 566 | 1 584 | 800 | 421 | 13 354 |
| 56–60 Jahre | 10 147 | 157 | 301 | 904 | 421 | 313 | 834 | 372 | 193 | 6 653 |
| 61–65 Jahre | 7 471 | 98 | 174 | 481 | 282 | 221 | 521 | 249 | 166 | 5 280 |
| 66+ Jahre | 12 771 | 75 | 252 | 581 | 512 | 374 | 694 | 319 | 212 | 9 753 |
| Staatsangehörigkeit(sgruppe) | | | | | | | | | | |
| Österreichische Staatsangehörige | 81 242 | 1 260 | 1 957 | 6 767 | 3 226 | 2 708 | 6 693 | 3 635 | 1 648 | 53 349 |
| EU-13 ⁴ | 2 617 | 30 | 62 | 177 | 75 | 145 | 174 | 368 | 159 | 1 430 |
| EU-NMS-10 ⁴ | 4 530 | 120 | 29 | 311 | 115 | 47 | 327 | 162 | 46 | 3 374 |
| EU-NMS-3 ⁵ | 6 148 | 31 | 37 | 310 | 146 | 93 | 526 | 193 | 121 | 4 691 |
| Sonstige EWR-Staaten ⁶ und Schweiz | 134 | 1 | 0 | 8 | 0 | 1 | 2 | 8 | 73 | 41 |
| Drittstaaten ⁷ | 92 367 | 307 | 1 246 | 3 834 | 2 145 | 1 991 | 5 798 | 5 021 | 2 519 | 69 505 |
| Sonstige ⁸ | 2 918 | 69 | 59 | 111 | 81 | 50 | 419 | 211 | 6 | 1 913 |
| Aufenthaltsrechtlicher Status | | | | | | | | | | |
| Asylberechtigte ⁹ | 66 350 | 259 | 1 020 | 3 295 | 1 801 | 1 618 | 4 453 | 3 647 | 1 833 | 48 423 |
| Subsidiär Schutzberechtigte ¹⁰ | 9 070 | 0 | 10 | 8 | 0 | 0 | 0 | 686 | 225 | 8 141 |
| Sonstige ¹¹ | 114 538 | 1 557 | 2 359 | 8 214 | 3 986 | 3 416 | 9 486 | 5 266 | 2 514 | 77 739 |

Q: STATISTIK AUSTRIA, Mindestsicherungs- und Sozialhilfestatistik. – Mindestsicherung: Burgenland, Tirol und Wien; Sozialhilfe: die anderen Bundesländer.

1) Untergliederungen Frauen/Männer/Kinder ohne Vorarlberg. – 2) Angaben zu Frauen/Männer/Kinder nicht verfügbar. – 3) Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Portugal, Schweden, Spanien. – 4) Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn, Zypern. – 5) Bulgarien, Kroatien, Rumänien. – 6) Island, Norwegen, Liechtenstein. – 7) Weder EU, EWR, Schweiz, Staatenlose oder unbekanntes Staatsangehörigkeit. – 8) Staatenlose und Personen mit unbekannter Staatsangehörigkeit. – 9) Personen, denen nach Durchlaufen des Asylverfahrens Asyl gewährt wurde. – 10) Personen, deren Asylantrag abgelehnt wurde, die aber subsidiären Schutz erhielten, weil ihr Leben im Herkunftsland bedroht wird. – 11) Österreicher:innen, EU-/EWR-/Schweizer:innen etc.

Personen in der Mindestsicherung/Sozialhilfe 2022 in Prozent (Jahresdurchschnitt)

Grafik 3



Q: STATISTIK AUSTRIA, Mindestsicherungs- und Sozialhilfestatistik. – Rundungsdifferenzen.

1) Angaben nicht verfügbar.

Bezugsdauer der Personen in der Mindestsicherung und Sozialhilfe 2022

Tabella 6

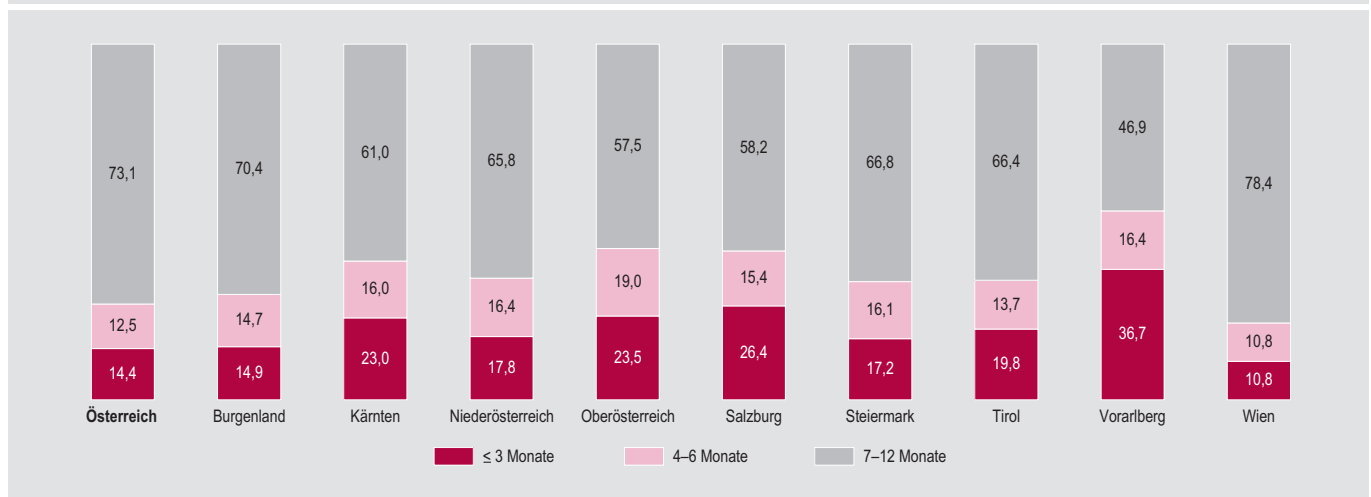
| Bundesland | Insgesamt | Davon ¹ | | | 20 oder mehr Monate in den letzten 2 Jahren ² | Ø Bezugsdauer ¹ in Monaten |
|---------------------|----------------|--------------------|----------------|-----------------|--|---------------------------------------|
| | | bis 3 Monate | 4 bis 6 Monate | 7 bis 12 Monate | | |
| Anzahl der Personen | | | | | | |
| Österreich | 254 149 | 36 619 | 31 785 | 185 745 | 136 866 | 9,0 |
| Burgenland | 2 467 | 368 | 362 | 1 737 | 1 489 | 8,8 |
| Kärnten | 5 155 | 1 185 | 825 | 3 145 | 2 398 | 7,9 |
| Niederösterreich | 16 480 | 2 929 | 2 701 | 10 850 | . | 8,4 |
| Oberösterreich | 9 186 | 2 162 | 1 745 | 5 279 | 3 803 | 7,6 |
| Salzburg | 8 173 | 2 157 | 1 261 | 4 755 | 3 569 | 7,4 |
| Steiermark | 20 002 | 3 433 | 3 214 | 13 355 | 8 676 | 8,4 |
| Tirol | 13 883 | 2 753 | 1 907 | 9 223 | 7 154 | 8,3 |
| Vorarlberg | 8 989 | 3 297 | 1 476 | 4 216 | . | 6,0 |
| Wien | 169 814 | 18 335 | 18 294 | 133 185 | 109 777 | 9,5 |

Q: STATISTIK AUSTRIA, Mindestsicherungs- und Sozialhilfestatistik. – Mindestsicherung: Burgenland, Tirol und Wien; Sozialhilfe: die anderen Bundesländer.

1) Monat als kleinste Bezugsdauereinheit, d. h. unabhängig davon, wie viele Tage im Monat Mindestsicherung/Sozialhilfe bezogen wurde, gilt der gesamte Monat als Bezugsmonat. Durchschnittliche Bezugsdauer insgesamt berechnet aus den durchschnittlichen Bezugsdauern der Bundesländer (gewichtet mit deren Anzahl der Personen). Angaben bezogen auf das Jahr 2022, ohne frühere Perioden. – 2) Personen, die, ausgehend von ihrem jeweiligen letzten Monat in der Mindestsicherung/Sozialhilfe im Jahr 2022, innerhalb der letzten 2 Jahre eine Bezugsdauer von 20 oder mehr Monaten hatten; Werte für Niederösterreich und Vorarlberg nicht verfügbar.

Bezugsdauer der Mindestsicherung und Sozialhilfe 2022 (Anzahl der Personen in Prozent)

Grafik 4



Q: STATISTIK AUSTRIA, Mindestsicherungs- und Sozialhilfestatistik. – Rundungsdifferenzen.

Die meisten Personen standen auch 2022 länger als ein halbes Jahr im Leistungsbezug (Tabella 6 und Grafik 4): 73 % wurden sieben bis zwölf, 13 % vier bis sechs und die restlichen 14 % maximal drei Monate lang von der Mindestsicherung/Sozialhilfe unterstützt (wie 2021);²⁵ die durchschnittliche **Bezugsdauer**²⁶ betrug 9,0 Monate (wie 2021).

Die Unterschiede zwischen den Bundesländern blieben beträchtlich (Tabella 6 und Grafik 4): Während in Wien 80 % der Personen länger als ein halbes Jahr Hilfe erhielten, waren es in der Mehrzahl der Bundesländer weniger als zwei Drittel. Dementsprechend lag die durchschnittliche Bezugsdauer in der Bundeshauptstadt mit 9,5 Monaten (2021: 9,6) großteils deutlich über jener der anderen Bundesländer mit Werten

25) Hatten Personen mehrere, während des Jahres unterbrochene Bezüge, so wurden diese zusammengefasst und den drei Kategorien entsprechend zugeordnet (eine Bezugsdauer von länger als 6 aber kürzer als 7 vollen Monaten zählt zur Kategorie 7–12 Monate; Analoges gilt für die beiden anderen Kategorien der Bezugsdauer).

26) Ebenfalls ausschließlich bezogen auf 2022, d. h. ohne Berücksichtigung früherer Bezugsperioden.

zwischen 6,0 (Vorarlberg) und 8,8 Monaten (Burgenland). In Wien hatten von den im Jahr 2022 unterstützten Personen knapp zwei Drittel (65 %) eine Bezugsdauer von 20 oder mehr Monaten, während der entsprechende Anteil ansonsten von 41 % (Oberösterreich) bis 60 % (Burgenland) reichte.

Ähnlich zum Vorjahr standen 58 % (2021: 57 %) der Personen in der Mindestsicherung/Sozialhilfe dem **Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung**, während 33 % (2021: 35 %) **erwerbsarbeitslos** und nur 9 % (2021: 8 %) **erwerbstätig** waren (Tabella 7).²⁷ Die Gruppe der dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung gestandenen Personen (58 %) setzte sich wie folgt zusammen: 38 % befanden sich noch im Vorschul- bzw. Pflichtschulalter oder bereits in Pension, 9 % waren arbeitsunfähig, jeweils 4 % besuchten die Schule über das Pflichtschulalter hinaus oder betreuten ihre Kinder; beim Rest (3 %) kamen ver-

27) Bei den Daten zum Erwerbsstatus und auch bei anderen Informationen auf Personenebene fehlen die Angaben für Vorarlberg. Die angeführten Prozentanteile beziehen sich daher in diesen Fällen auf 185 386 Personen im Jahresdurchschnitt 2022.

Anzahl der Personen in der Mindestsicherung und Sozialhilfe nach Erwerbsstatus und Einkunftsarten im Jahresdurchschnitt 2022

Tabelle 7

| Erwerbsstatus, Einkunftsart | Österreich ¹ | Burgenland ² | Kärnten | Nieder- österreich | Ober- österreich | Salzburg | Steiermark | Tirol | Vorarlberg ³ | Wien |
|---|-------------------------|-------------------------|--------------|-----------------------|---------------------|--------------|---------------|--------------|-------------------------|----------------|
| Erwerbsstatus | 189 957 | 1 817 | 3 389 | 11 518 | 5 788 | 5 035 | 13 938 | 9 598 | 4 571 | 134 303 |
| Erwerbstätige (einschließlich Lehrlinge) | 16 016 | 102 | 194 | 957 | 409 | 498 | 1 277 | 1 365 | . | 11 215 |
| Nicht Erwerbstätige | 169 370 | 1 715 | 3 195 | 10 561 | 5 379 | 4 537 | 12 662 | 8 233 | . | 123 088 |
| Dem Arbeitsmarkt zur Verfügung gestanden (arbeitslos) | 61 638 | 831 | 1 178 | 3 682 | 1 700 | 1 278 | 4 060 | 1 939 | . | 46 970 |
| Dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung gestanden | 107 733 | 884 | 2 018 | 6 879 | 3 679 | 3 259 | 8 602 | 6 294 | . | 76 118 |
| Nicht arbeitsfähig ⁴ | 15 925 | 120 | 484 | 1 285 | 876 | 1 006 | 954 | 576 | . | 10 625 |
| Schüler:in ⁵ | 8 065 | . | 382 | 427 | 239 | 221 | 489 | 128 | . | 6 180 |
| Kinderbetreuung | 7 923 | . | 128 | 508 | 276 | 174 | 569 | 472 | . | 5 796 |
| Angehörigenpflege | 961 | . | 17 | 136 | 21 | 9 | 73 | 9 | . | 696 |
| Vorschul-, Pflichtschul- sowie Pensionsalter | 70 832 | 621 | 269 | 4 215 | 2 252 | 1 743 | 4 850 | 4 060 | . | 52 822 |
| Sonstiges ⁶ | 4 027 | 143 | 739 | 307 | 16 | 106 | 1 667 | 1 049 | . | 0 |
| Einkunftsart: angerechnet/nicht angerechnet | 189 957 | 1 817 | 3 389 | 11 518 | 5 788 | 5 035 | 13 938 | 9 598 | 4 571 | 134 303 |
| Keine angerechneten Einkunftsarten | 85 187 | 880 | 1 804 | 5 673 | 2 017 | 2 429 | 7 376 | 5 151 | . | 59 858 |
| Angerechnete Einkunftsarten⁷ | 100 199 | 937 | 1 586 | 5 845 | 3 771 | 2 606 | 6 563 | 4 448 | . | 74 445 |
| Erwerbseinkommen | 16 815 | 117 | 268 | 1 052 | 474 | 539 | 1 483 | 1 454 | . | 11 429 |
| AMS-Leistungen (und kein Erwerbseinkommen) | 36 400 | 451 | 582 | 2 047 | 930 | 497 | 2 268 | 687 | . | 28 938 |
| Sonst. angerechnete Einkunftsarten (Unterhalt etc.) | 46 985 | 369 | 735 | 2 747 | 2 367 | 1 570 | 2 812 | 2 307 | . | 34 078 |

Q: STATISTIK AUSTRIA, Mindestsicherungs- und Sozialhilfestatistik. – Mindestsicherung: Burgenland, Tirol und Wien; Sozialhilfe: die anderen Bundesländer.

1) Untergliederungen ohne fehlende Bundesländerwerte (Burgenland, Vorarlberg). – 2) Untergliederungen teilweise nicht verfügbar. – 3) Untergliederungen zur Gänze nicht verfügbar. – 4) Befristet oder unbefristet arbeitsunfähig. – 5) Über das Pflichtschulalter hinaus. – 6) Arbeitsfähigkeit in Abklärung, fehlende Arbeitsgenehmigung, Absolvierung eines Integrationsjahres etc. – 7) Hatte eine Person mehrere Einkunftsarten, erfolgte eine Priorisierung in der Zuordnung (1. Erwerbseinkommen, 2. AMS-Leistung, 3. sonstige Einkünfte).

schiedene andere Gründe für die Ausnahme vom Einsatz der Arbeitskraft zum Tragen (Angehörigenpflege, Arbeitsfähigkeit in Abklärung etc.). Der Anteil Nicht-Erwerbstätiger mit Mindestsicherungs- bzw. Sozialhilfebezug (Durchschnitt: 91 %) war im Burgenland und in Kärnten am höchsten (jeweils 94 %), in Tirol am niedrigsten (86 %).

46 % der unterstützten Personen hatten **keine anrechenbaren Einkünfte** (2021: 48 %),²⁸ am wenigsten in Oberösterreich (35 %), am meisten in Tirol (54 %). Bei den Personen mit Einkünften spielten Einkommen aus Erwerbstätigkeit (17 %) eine vergleichsweise geringe Rolle, es wurden hauptsächlich Arbeitslosengeld, Notstandshilfe bzw. andere AMS-Leistungen (36 %) oder sonstige Einkommen, wie Unterhaltsleistungen, Kinderbetreuungsgeld, Grundversorgung, Pensionen etc. (47 %) angerechnet.²⁹

Die monatliche Höhe der durchschnittlich angerechneten Einkünfte pro Person reichte von 450 Euro (Oberösterreich) bis 583 Euro (Tirol); werden auch die Personen ohne angerechnete Einkünfte einbezogen, so reduziert sich die Einkommenshöhe auf eine Bandbreite von 221 Euro (Kärnten) bis 299 Euro (Salzburg).

28) Nicht anrechenbare, d. h. bei der Berechnung der Mindestsicherungs-/ Sozialhilfeleistung nicht zu berücksichtigende Einkünfte sind z. B. das Pflegegeld, die Familienbeihilfe, Kinderabsetzbeträge und sonstige Familienförderungen oder Leistungen der freien Wohlfahrtspflege. Auch hier bestehen im Einzelnen unterschiedliche Regelungen in den Bundesländern.

29) Hatte eine Person mehrere Einkünfte, dann erfolgte eine Priorisierung in der Zuordnung: 1. Erwerbseinkommen, 2. Arbeitslosenleistungen, 3. Sonstige Einkünfte. 2021 war die Prozentverteilung der angerechneten Einkunftsarten ähnlich gewesen (15:38:47).

Bedarfsgemeinschaften in der Mindestsicherung und Sozialhilfe nach Teil- und Vollbezug im Jahresdurchschnitt 2022

Tabelle 8

| Bundesland | Insgesamt | Davon | | | |
|-------------------------|----------------|------------------------|------------------------|------------------------|------------------------|
| | | Teilbezug ¹ | Vollbezug ² | Teilbezug ¹ | Vollbezug ² |
| | Anzahl | | Anteil in % | | |
| Österreich | 103 038 | 73 953 | 27 068 | 73,2 | 26,8 |
| Burgenland | 1 080 | 683 | 397 | 63,2 | 36,8 |
| Kärnten | 2 043 | 1 186 | 857 | 58,1 | 41,9 |
| Niederösterreich | 6 128 | 4 070 | 2 057 | 66,4 | 33,6 |
| Oberösterreich | 3 507 | 2 727 | 780 | 77,8 | 22,2 |
| Salzburg | 2 970 | 1 906 | 1 063 | 64,2 | 35,8 |
| Steiermark | 6 668 | 4 529 | 2 140 | 67,9 | 32,1 |
| Tirol | 4 499 | 3 014 | 1 485 | 67,0 | 33,0 |
| Vorarlberg ³ | 2 017 | . | . | . | . |
| Wien | 74 125 | 55 837 | 18 289 | 75,3 | 24,7 |

Q: STATISTIK AUSTRIA, Mindestsicherungs- und Sozialhilfestatistik. – Mindestsicherung: Burgenland, Tirol und Wien; Sozialhilfe: die anderen Bundesländer.

1) Mindestens eine Person der Bedarfsgemeinschaft hat eine angerechnete Einkunftsart (z. B. Arbeitslosengeld). – 2) Keine Person in der Bedarfsgemeinschaft hat eine angerechnete Einkunftsart. – 3) Aufgliederung nicht verfügbar.

Hat in einer Bedarfsgemeinschaft (BG) keine Person ein anrechenbares Einkommen, wird sie in der Statistik zum **Vollbezug** gerechnet; entfällt auf zumindest eine Person ein Einkommen, zählt die BG zum **Teilbezug**. Im Jahresdurchschnitt 2022 erhielten 73 % (2021: 71 %) eine Ergänzung bzw. Aufstockung durch die Mindestsicherung/Sozialhilfe, der Rest stand im Vollbezug; mit zum Teil deutlichen Unterschieden (Oberösterreich: 78 %, Kärnten: 58 %) war der Teilbezug die dominante Unterstützungsart in allen Bundesländern (*Tabelle 8*).

Hinsichtlich ihrer Zusammensetzung werden folgende fünf BG-Kategorien unterschieden: Alleinstehende, Paare³⁰

30) Zu den Paaren zählen Ehepaare und Lebensgemeinschaften im gemeinsamen Haushalt.

Anzahl der Bedarfsgemeinschaften und Personen in der Mindestsicherung und Sozialhilfe nach Kategorien der Bedarfsgemeinschaft im Jahresdurchschnitt 2022

Tabelle 9

| Bedarfsgemeinschaftskategorie | Österreich | Burgenland | Kärnten | Nieder- österreich | Ober- österreich | Salzburg | Steiermark | Tirol | Vorarlberg ¹ | Wien |
|--|----------------|--------------|--------------|-----------------------|---------------------|--------------|---------------|--------------|-------------------------|----------------|
| Bedarfsgemeinschaften² | 103 038 | 1 080 | 2 043 | 6 128 | 3 507 | 2 970 | 6 668 | 4 499 | 2 017 | 74 125 |
| Alleinstehende | 68 582 | 748 | 1 444 | 3 802 | 2 415 | 2 087 | 3 706 | 2 430 | 957 | 50 993 |
| Paare ohne Kinder | 4 193 | 43 | 64 | 220 | 126 | 89 | 189 | 106 | 54 | 3 301 |
| Paare mit Kindern | 12 887 | 91 | 144 | 608 | 170 | 235 | 725 | 662 | 294 | 9 959 |
| 1 minderjähriges Kind | 2 392 | 25 | 32 | 141 | 52 | 42 | 130 | 100 | 44 | 1 827 |
| 2 minderjährige Kinder | 3 660 | 25 | 44 | 191 | 47 | 63 | 184 | 160 | 93 | 2 853 |
| 3 minderjährige Kinder | 3 456 | 23 | 30 | 141 | 42 | 52 | 206 | 201 | 82 | 2 680 |
| 4 oder mehr minderjährige Kinder | 3 379 | 18 | 39 | 135 | 30 | 78 | 205 | 201 | 75 | 2 599 |
| Alleinerziehende | 15 367 | 180 | 262 | 1 220 | 731 | 543 | 1 339 | 1 158 | 394 | 9 538 |
| 1 minderjähriges Kind | 7 104 | 99 | 134 | 565 | 317 | 266 | 639 | 576 | 162 | 4 348 |
| 2 minderjährige Kinder | 4 942 | 52 | 81 | 404 | 245 | 174 | 442 | 383 | 137 | 3 024 |
| 3 minderjährige Kinder | 2 182 | 17 | 32 | 160 | 102 | 64 | 169 | 136 | 58 | 1 445 |
| 4 oder mehr minderjährige Kinder | 1 139 | 13 | 15 | 92 | 68 | 40 | 89 | 64 | 37 | 723 |
| Andere³ | 2 010 | 19 | 130 | 278 | 65 | 17 | 709 | 142 | 318 | 333 |
| Personen⁴ | 189 957 | 1 817 | 3 389 | 11 518 | 5 788 | 5 035 | 13 938 | 9 598 | 4 571 | 134 303 |
| Alleinstehende | 67 620 | 748 | 1 444 | 3 801 | 2 412 | 2 087 | 3 706 | 2 430 | . | 50 993 |
| Paare ohne Kinder | 8 277 | 86 | 129 | 440 | 252 | 177 | 378 | 213 | . | 6 602 |
| Paare mit Kindern | 61 211 | 421 | 725 | 2 948 | 778 | 1 185 | 3 654 | 3 390 | . | 48 111 |
| 1 minderjähriges Kind | 7 411 | 80 | 106 | 481 | 168 | 132 | 434 | 331 | . | 5 679 |
| 2 minderjährige Kinder | 14 664 | 104 | 191 | 820 | 196 | 255 | 777 | 672 | . | 11 650 |
| 3 minderjährige Kinder | 17 130 | 114 | 161 | 732 | 214 | 266 | 1 061 | 1 028 | . | 13 553 |
| 4 oder mehr minderjährige Kinder | 22 006 | 122 | 267 | 915 | 200 | 531 | 1 382 | 1 359 | . | 17 228 |
| Alleinerziehende | 43 490 | 502 | 751 | 3 571 | 2 185 | 1 547 | 3 920 | 3 245 | . | 27 768 |
| 1 minderjähriges Kind | 14 239 | 204 | 278 | 1 185 | 647 | 539 | 1 354 | 1 182 | . | 8 849 |
| 2 minderjährige Kinder | 14 612 | 158 | 254 | 1 238 | 746 | 527 | 1 365 | 1 170 | . | 9 154 |
| 3 minderjährige Kinder | 8 583 | 69 | 132 | 650 | 411 | 256 | 704 | 549 | . | 5 813 |
| 4 oder mehr minderjährige Kinder | 6 055 | 72 | 88 | 498 | 382 | 224 | 496 | 344 | . | 3 952 |
| Andere⁴ | 4 789 | 61 | 341 | 757 | 161 | 40 | 2 281 | 321 | . | 829 |

Q: STATISTIK AUSTRIA, Mindestsicherungs- und Sozialhilfestatistik. – Mindestsicherung: Burgenland, Tirol und Wien; Sozialhilfe: die anderen Bundesländer.

1) Personen-Untergliederung nicht verfügbar. – 2) Die Bedarfsgemeinschaft ist die Einheit der Leistungsbeurteilung in der Mindestsicherung/Sozialhilfe. Eine Bedarfsgemeinschaft kann eine oder mehrere Personen umfassen; ein Haushalt kann aus mehr als einer Bedarfsgemeinschaft bestehen. – 3) Z. B. Paare mit nur volljährigem Kind bzw. volljährigen Kindern oder alleinlebende Minderjährige. – 4) Untergliederung ohne Vorarlberg.

ohne Kind(er), Paare mit Kind(ern),³¹ Alleinerziehende und Andere.³² Die größte Gruppe in der Mindestsicherung/ Sozialhilfe sind die **Alleinstehenden**, auf die im Jahresdurchschnitt 2022 67 % der Bedarfsgemeinschaften und 36 % der Personen entfielen, gefolgt von den **Alleinerziehenden** (15 % bzw. 23 %) und **Paaren mit Kindern** (13 % bzw. 33 %) (Tabelle 9 und Grafik 5).

Bei den **Männern** war der Anteil an Alleinstehenden (67 %) wesentlich höher als bei den **Frauen** (47 %), die demgegenüber in größerem Ausmaß auch als Alleinerziehende (23 %) unterstützt wurden (Männer: 1 %). Die **Kinder** in der Mindestsicherung/Sozialhilfe lebten überwiegend in Paar- (55 %) und zum kleineren Teil in Alleinerziehenden-BG (43 %)³³ (Tabelle 10).

- 31) Ausschlaggebend für die Klassifikation als BG mit (1, 2, 3 oder 4+) Kind(ern) ist das Vorhandensein eines oder mehrerer minderjähriger Kinder. Volljährige Kinder werden entweder (ebenfalls) bei den Paaren mit Kindern und den Alleinerziehenden oder, sofern keine minderjährige Person im Haushalt lebt, in der Kategorie „Andere“ erfasst.
- 32) Diese Kategorie umfasst neben Paarhaushalten und Alleinerziehenden mit (nur) volljährigen Kindern auch alleinlebende Minderjährige.
- 33) Sonstige BG-Kategorien mit Kind(ern) – zusammengefasst unter Andere – sind z. B. alleinstehende Minderjährige oder mit einem Eltern- und einem Großelternanteil zusammenlebende Kinder.

Höhe des Leistungsanspruchs und der Ausgaben

Leistungsanspruch

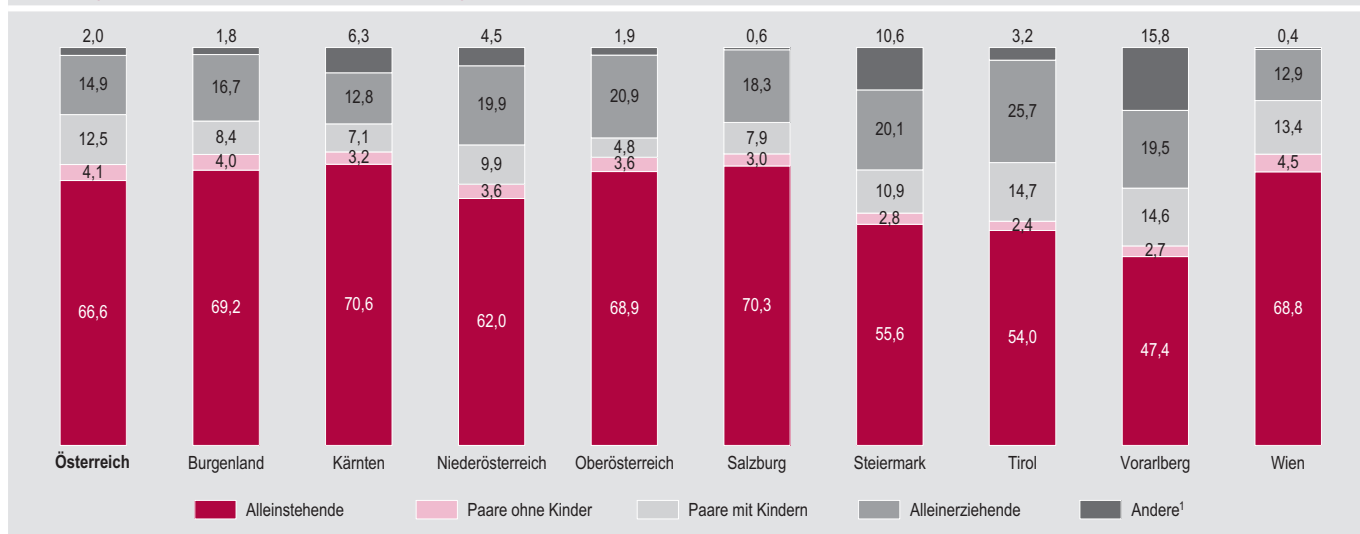
Der monatliche **Leistungsanspruch pro Bedarfsgemeinschaft** auf Lebensunterhalt und Wohnen lag im Jahresdurchschnitt 2022 bei 741 Euro (2021: 712 Euro) und war in Tirol (821 Euro), Vorarlberg (817 Euro) und der Steiermark (814 Euro) am höchsten, im Burgenland (614 Euro) und in Oberösterreich (619 Euro) am niedrigsten. Umgerechnet auf die **Person**, betrug die monatliche Anspruchshöhe³⁴ durchschnittlich 402 Euro (2021: 381 Euro) mit einer Spannweite von 353 Euro (Niederösterreich) bis 413 Euro (Wien). Gegenüber 2021 stieg der Leistungsanspruch pro Bedarfsgemeinschaft um 29 Euro (+4,1 %), pro Person um 21 Euro (+5,5 %) (Grafik 6).

Nach **Bedarfsgemeinschaftskategorien** unterschieden, hatten Paare mit Kindern durchschnittlich den höchsten monatlichen Leistungsanspruch (1 241 Euro; 2021: 1 203 Euro),

34) Der auf die Person umgerechnete Betrag ist als fiktiver zu verstehen, weil, wie erwähnt, die Bedarfsgemeinschaft die Einheit der Leistungsbeurteilung in der Mindestsicherung/Sozialhilfe ist. Bei der Leistungshöhe handelt es sich um den Leistungsanspruch und nicht um den Auszahlungsbetrag (ersterer kann aus einer Reihe von Gründen von letzterem abweichen).

Bedarfsgemeinschaften in der Mindestsicherung und Sozialhilfe 2022 in Prozent (Jahresdurchschnitt)

Grafik 5



Q: STATISTIK AUSTRIA, Mindestsicherungs- und Sozialhilfestatistik. – Rundungsdifferenzen.
1) Z. B. Paare mit nur volljährigem Kind bzw. volljährigen Kindern oder alleinlebende Minderjährige.

Anzahl der Frauen, Männer und Kinder in der Mindestsicherung und Sozialhilfe nach Kategorien der Bedarfsgemeinschaft im Jahresdurchschnitt 2022

Tabelle 10

| Bedarfsgemeinschaftskategorie | Österreich¹ | Burgenland | Kärnten | Niederösterreich | Oberösterreich | Salzburg | Steiermark | Tirol | Vorarlberg² | Wien |
|----------------------------------|---------------|------------|--------------|------------------|----------------|--------------|--------------|--------------|-------------|---------------|
| Frauen | 62 757 | 696 | 1 272 | 4 334 | 2 234 | 1 792 | 4 965 | 2 917 | . | 44 546 |
| Alleinstehende | 29 751 | 366 | 663 | 2 037 | 1 158 | 928 | 1 758 | 909 | . | 21 933 |
| Paare ohne Kinder | 4 146 | 42 | 65 | 224 | 125 | 89 | 188 | 106 | . | 3 307 |
| Paare mit Kindern | 12 591 | 91 | 145 | 608 | 170 | 235 | 724 | 661 | . | 9 958 |
| 1 minderjähriges Kind | 2 351 | 25 | 31 | 142 | 52 | 42 | 131 | 101 | . | 1 827 |
| 2 minderjährige Kinder | 3 564 | 25 | 44 | 190 | 47 | 63 | 182 | 160 | . | 2 854 |
| 3 minderjährige Kinder | 3 372 | 23 | 30 | 141 | 42 | 52 | 206 | 201 | . | 2 679 |
| 4 oder mehr minderjährige Kinder | 3 303 | 18 | 40 | 135 | 30 | 78 | 204 | 200 | . | 2 599 |
| Alleinerziehende | 14 247 | 175 | 245 | 1 147 | 712 | 526 | 1 294 | 1 119 | . | 9 031 |
| 1 minderjähriges Kind | 6 542 | 95 | 127 | 530 | 305 | 257 | 613 | 550 | . | 4 065 |
| 2 minderjährige Kinder | 4 591 | 51 | 74 | 380 | 240 | 167 | 429 | 374 | . | 2 877 |
| 3 minderjährige Kinder | 2 044 | 17 | 30 | 151 | 100 | 62 | 166 | 132 | . | 1 386 |
| 4 oder mehr minderjährige Kinder | 1 070 | 12 | 14 | 86 | 67 | 39 | 86 | 63 | . | 703 |
| Andere³ | 2 022 | 22 | 155 | 318 | 70 | 15 | 1 002 | 123 | . | 317 |
| Männer | 56 824 | 531 | 1 097 | 2 834 | 1 598 | 1 506 | 3 845 | 2 428 | . | 42 983 |
| Alleinstehende | 37 868 | 382 | 781 | 1 765 | 1 254 | 1 158 | 1 948 | 1 521 | . | 29 060 |
| Paare ohne Kinder | 4 131 | 44 | 64 | 216 | 127 | 89 | 190 | 107 | . | 3 295 |
| Paare mit Kindern | 12 592 | 91 | 143 | 607 | 170 | 235 | 725 | 663 | . | 9 960 |
| 1 minderjähriges Kind | 2 344 | 25 | 32 | 139 | 52 | 42 | 129 | 99 | . | 1 827 |
| 2 minderjährige Kinder | 3 569 | 25 | 44 | 192 | 47 | 63 | 185 | 161 | . | 2 853 |
| 3 minderjährige Kinder | 3 376 | 23 | 30 | 141 | 42 | 52 | 206 | 201 | . | 2 681 |
| 4 oder mehr minderjährige Kinder | 3 304 | 18 | 38 | 135 | 30 | 78 | 205 | 202 | . | 2 599 |
| Alleinerziehende | 724 | 5 | 17 | 73 | 18 | 17 | 46 | 40 | . | 509 |
| 1 minderjähriges Kind | 399 | 4 | 7 | 34 | 11 | 8 | 26 | 25 | . | 283 |
| 2 minderjährige Kinder | 214 | 1 | 7 | 25 | 5 | 6 | 13 | 10 | . | 147 |
| 3 minderjährige Kinder | 79 | 0 | 2 | 8 | 1 | 2 | 4 | 4 | . | 59 |
| 4 oder mehr minderjährige Kinder | 32 | 0 | 1 | 6 | 1 | 1 | 2 | 1 | . | 20 |
| Andere³ | 1 508 | 10 | 92 | 174 | 29 | 8 | 937 | 98 | . | 160 |
| Kinder | 65 805 | 590 | 1 020 | 4 349 | 1 956 | 1 736 | 5 128 | 4 253 | . | 46 773 |
| Paare mit Kindern | 36 028 | 240 | 436 | 1 734 | 439 | 715 | 2 205 | 2 066 | . | 28 193 |
| 1 minderjähriges Kind | 2 716 | 30 | 43 | 200 | 64 | 49 | 174 | 131 | . | 2 025 |
| 2 minderjährige Kinder | 7 531 | 54 | 103 | 437 | 103 | 129 | 410 | 351 | . | 5 944 |
| 3 minderjährige Kinder | 10 382 | 69 | 101 | 451 | 131 | 162 | 648 | 627 | . | 8 193 |
| 4 oder mehr minderjährige Kinder | 15 399 | 87 | 190 | 646 | 141 | 375 | 973 | 957 | . | 12 030 |
| Alleinerziehende | 28 519 | 322 | 490 | 2 351 | 1 456 | 1 004 | 2 581 | 2 087 | . | 18 229 |
| 1 minderjähriges Kind | 7 297 | 105 | 144 | 621 | 331 | 274 | 715 | 607 | . | 4 501 |
| 2 minderjährige Kinder | 9 808 | 106 | 173 | 834 | 502 | 354 | 923 | 787 | . | 6 130 |
| 3 minderjährige Kinder | 6 460 | 52 | 100 | 491 | 309 | 193 | 535 | 413 | . | 4 368 |
| 4 oder mehr minderjährige Kinder | 4 954 | 59 | 73 | 406 | 314 | 184 | 408 | 280 | . | 3 230 |
| Andere³ | 1 258 | 29 | 94 | 265 | 61 | 17 | 342 | 100 | . | 352 |

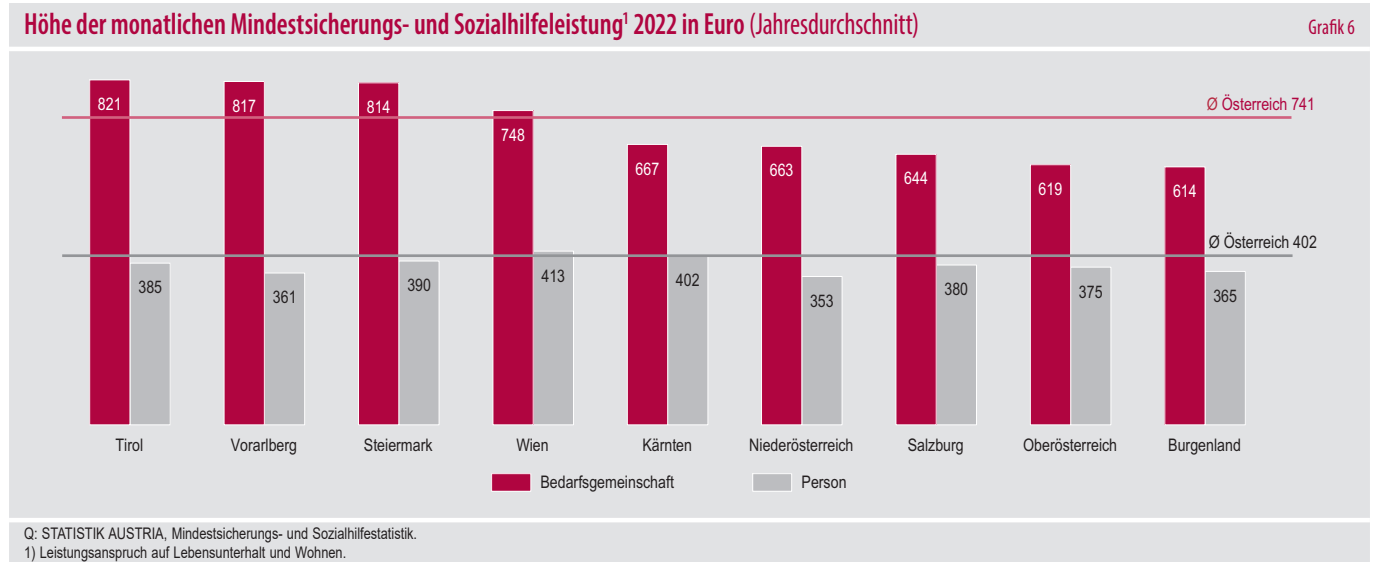
Q: STATISTIK AUSTRIA, Mindestsicherungs- und Sozialhilfestatistik. – Mindestsicherung: Burgenland, Tirol und Wien; Sozialhilfe: die anderen Bundesländer
1) Ohne Vorarlberg. – 2) Angaben nicht verfügbar. – 3) Z.B. Paare mit nur volljährigem Kind bzw. volljährigen Kindern oder alleinlebende Minderjährige.

während jener für Alleinerziehende (836 Euro; 2021: 780 Euro) deutlich niedriger ausfiel; bei vier oder mehr Kindern stieg die Leistung bei den Paaren auf 1 581 Euro (2021: 1 536 Euro), bei den Alleinerziehenden auf 1 401 Euro (2021: 1 333 Euro). Sowohl bei diesen als auch den anderen BG-Kategorien gab es wiederum beträchtliche Unterschiede zwischen einzelnen Bundesländern (Tabelle 11). Weiters lagen in allen BG-Kategorien die tatsächlichen Anspruchshöhen

deutlich unter den für sie relevanten Mindeststandards bzw. Höchstsätzen, weil, wie erwähnt, die Mindestsicherung/Sozialhilfe hauptsächlich als Ergänzungszahlung (und nur zum kleineren Teil in voller Höhe) gewährt wird.

Ausgaben

Die Ausgaben der Länder und Gemeinden für Lebensunterhalt, Wohnen und Krankenhilfe im Rahmen der Mindestsicherung/



Höhe der Mindestsicherungs- und Sozialhilfeleistung pro Bedarfsgemeinschaft im Jahresdurchschnitt 2022 Tabelle 11

| Bedarfsgemeinschaftskategorie | Österreich ¹ | Burgenland | Kärnten | Nieder- österreich | Ober- österreich | Salzburg | Steiermark | Tirol | Vorarlberg ² | Wien |
|--|--|------------|------------|-----------------------|---------------------|------------|------------|------------|-------------------------|------------|
| | Monatlicher Leistungsanspruch auf Sicherung des Lebensunterhalts und Wohnbedarfs in Euro | | | | | | | | | |
| Bedarfsgemeinschaften³ | 741 | 614 | 667 | 663 | 619 | 644 | 814 | 821 | 817 | 748 |
| Alleinstehende | 615 | 557 | 609 | 569 | 573 | 561 | 685 | 697 | . | 615 |
| Paare ohne Kinder | 849 | 730 | 886 | 787 | 976 | 791 | 887 | 932 | . | 846 |
| Paare mit Kindern | 1 241 | 1 005 | 1 037 | 1 004 | 907 | 1 160 | 1 174 | 1 335 | . | 1 266 |
| 1 minderjähriges Kind | 995 | 778 | 995 | 982 | 1 030 | 1 081 | 934 | 1 065 | . | 996 |
| 2 minderjährige Kinder | 1 093 | 867 | 934 | 979 | 907 | 993 | 1 102 | 1 265 | . | 1 100 |
| 3 minderjährige Kinder | 1 234 | 1 044 | 912 | 978 | 863 | 1 052 | 1 185 | 1 281 | . | 1 263 |
| 4 oder mehr minderjährige Kinder | 1 581 | 1 471 | 1 286 | 1 087 | 750 | 1 407 | 1 381 | 1 576 | . | 1 643 |
| Alleinerziehende | 836 | 628 | 717 | 736 | 620 | 709 | 966 | 781 | . | 868 |
| 1 minderjähriges Kind | 689 | 567 | 582 | 644 | 549 | 582 | 809 | 645 | . | 706 |
| 2 minderjährige Kinder | 833 | 636 | 770 | 778 | 623 | 687 | 977 | 761 | . | 859 |
| 3 minderjährige Kinder | 1 029 | 674 | 966 | 813 | 656 | 969 | 1 205 | 1 071 | . | 1 063 |
| 4 oder mehr minderjährige Kinder | 1 401 | 1 014 | 1 103 | 982 | 891 | 1 241 | 1 594 | 1 515 | . | 1 489 |
| Andere⁴ | 866 | 609 | 696 | 799 | 839 | 904 | 816 | 804 | . | 1 136 |

Q: STATISTIK AUSTRIA, Mindestsicherungs- und Sozialhilfestatistik. – Mindestsicherung: Burgenland, Tirol und Wien; Sozialhilfe: die anderen Bundesländer.
1) Berechnet aus den Leistungshöhen der Bundesländer, die mit der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften gewichtet wurden. Untergliederungen ohne Vorarlberg. – 2) Angaben zu den Untergliederungen nicht verfügbar. – 3) Die Bedarfsgemeinschaft ist die Einheit der Leistungsbemessung in der Mindestsicherung/Sozialhilfe. Eine Bedarfsgemeinschaft kann eine oder mehrere Personen umfassen; ein Haushalt kann aus mehr als einer Bedarfsgemeinschaft bestehen. – 4) Z.B. Paare mit nur volljährigem Kind bzw. volljährigen Kindern oder alleinlebende Minderjährige.

Ausgaben für die Mindestsicherung und Sozialhilfe 2022 Tabelle 12

| Ausgabenkategorie | Österreich | Burgenland | Kärnten | Nieder- österreich | Ober- österreich | Salzburg | Steiermark | Tirol | Vorarlberg | Wien |
|---|--|------------------|-------------------|-----------------------|---------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|--------------------|
| | Jahressummen in Euro (ohne Berücksichtigung allfälliger Rückflüsse aus Kostenersätzen) | | | | | | | | | |
| Ausgaben insgesamt | 972 176 415 | 8 575 908 | 17 369 582 | 52 812 429 | 27 533 706 | 24 656 774 | 69 545 323 | 47 069 380 | 21 625 115 | 702 988 197 |
| Lebensunterhalt und Wohnen¹ | 916 639 982 | 7 959 484 | 16 358 072 | 48 779 897 | 26 034 058 | 22 965 905 | 65 158 930 | 44 340 837 | 19 774 636 | 665 268 163 |
| Krankenhilfe² | 55 536 433 | 616 424 | 1 011 510 | 4 032 533 | 1 499 649 | 1 690 869 | 4 386 393 | 2 728 543 | 1 850 479 | 37 720 034 |
| Krankenversicherung ³ | 54 807 311 | 616 424 | 601 414 | 3 994 823 | 1 499 649 | 1 690 869 | 4 179 379 | 2 682 865 | 1 821 854 | 37 720 034 |
| Sonstige Krankenhilfe ⁴ | 729 123 | 0 | 410 096 | 37 710 | 0 | 0 | 207 014 | 45 678 | 28 625 | 0 |

Q: STATISTIK AUSTRIA, Mindestsicherungs- und Sozialhilfestatistik. – Mindestsicherung: Burgenland, Tirol und Wien; Sozialhilfe: die anderen Bundesländer.
1) Sicherung des Lebensunterhalts und des Wohnbedarfs außerhalb stationärer Einrichtungen. – 2) Schutz bei Krankheit, Schwangerschaft und Entbindung. – 3) Einbezug in die Krankenversicherung durch Übernahme der Beiträge. – 4) Z.B. Selbstbehalte.

Ausgaben für die Mindestsicherung und Sozialhilfe 2012 bis 2022

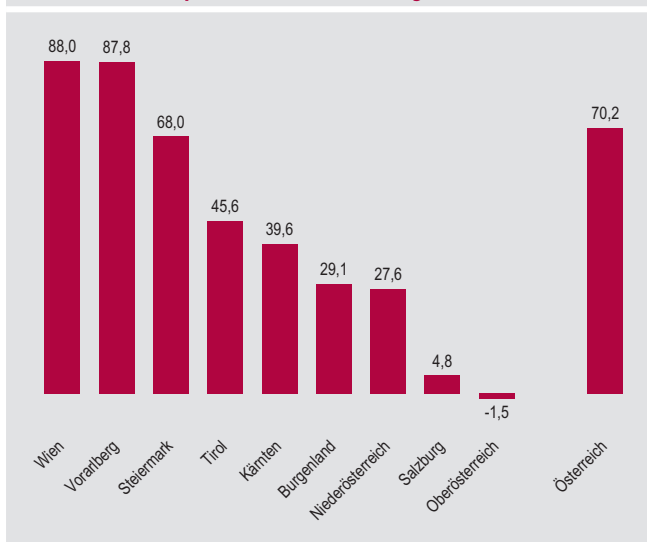
Tabelle 13

| Ausgabenkategorie, Bundesland | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | | Veränderung 2012–2022 | |
|---|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|--------------|-----------------------|-------------|
| | in Mio. Euro | | | | | | | | | | in Mio. Euro | Anteil in % | in Mio. Euro | in % |
| Ausgaben insgesamt¹ | 571,25 | 634,47 | 708,03 | 807,63 | 924,20 | 977,43 | 941,04 | 913,14 | 959,16 | 965,87 | 972,18 | 100,0 | 400,92 | 70,2 |
| Lebensunterhalt und Wohnen ² | 540,61 | 600,95 | 673,03 | 765,15 | 872,42 | 923,74 | 889,06 | 863,14 | 906,28 | 911,43 | 916,64 | 94,3 | 376,03 | 69,6 |
| Krankenhilfe ³ | 30,65 | 33,51 | 35,01 | 42,48 | 51,77 | 53,70 | 51,99 | 50,00 | 52,88 | 54,44 | 55,54 | 5,7 | 24,89 | 81,2 |
| Bundesland | | | | | | | | | | | | | | |
| Burgenland | 5,10 | 5,40 | 6,10 | 6,86 | 7,28 | 9,72 | 8,41 | 8,65 | 9,11 | 9,08 | 8,58 | 0,9 | 3,47 | 68,0 |
| Kärnten | 11,93 | 11,50 | 12,42 | 12,79 | 15,83 | 16,83 | 16,02 | 16,44 | 17,50 | 16,99 | 17,37 | 1,8 | 5,44 | 45,6 |
| Niederösterreich | 41,39 | 45,33 | 51,40 | 60,36 | 73,29 | 67,27 | 67,08 | 67,07 | 62,46 | 56,39 | 52,81 | 5,4 | 11,42 | 27,6 |
| Oberösterreich | 27,96 | 35,37 | 38,34 | 44,49 | 47,99 | 47,41 | 42,15 | 39,08 | 34,60 | 31,19 | 27,53 | 2,8 | -0,43 | -1,5 |
| Salzburg | 23,53 | 26,83 | 28,97 | 32,58 | 34,70 | 35,86 | 34,17 | 31,24 | 30,57 | 26,12 | 24,66 | 2,5 | 1,12 | 4,8 |
| Steiermark | 37,02 | 46,84 | 60,72 | 66,89 | 72,89 | 69,07 | 67,41 | 67,23 | 69,67 | 69,65 | 69,65 | 7,2 | 32,52 | 87,8 |
| Tirol | 33,72 | 38,31 | 42,59 | 50,16 | 54,47 | 57,53 | 53,13 | 49,04 | 47,16 | 48,44 | 47,07 | 4,8 | 13,35 | 39,6 |
| Vorarlberg | 16,75 | 19,29 | 21,98 | 27,07 | 34,30 | 35,80 | 31,32 | 27,81 | 26,05 | 22,48 | 21,63 | 2,2 | 4,87 | 29,1 |
| Wien | 373,84 | 405,59 | 445,51 | 506,45 | 583,43 | 637,96 | 621,35 | 606,58 | 662,04 | 685,53 | 702,99 | 72,3 | 329,15 | 88,0 |

Q: STATISTIK AUSTRIA, Mindestsicherungs- und Sozialhilfestatistik. – Mindestsicherung: 2012–2019 in allen Bundesländern, 2020–2022 im Burgenland, in Tirol und Wien; Mindestsicherung und Sozialhilfe: 2020–2021 in Nieder- und Oberösterreich, 2021 in Kärnten, Nieder- und Oberösterreich, Salzburg, Steiermark und Vorarlberg; Sozialhilfe: 2022 in Kärnten, Nieder- und Oberösterreich, Salzburg, Steiermark und Vorarlberg.
 1) Jahressummen; ohne Berücksichtigung allfälliger Rückflüsse aus Kostenersätzen. – 2) Sicherung des Lebensunterhalts und des Wohnbedarfs außerhalb stationärer Einrichtungen. – 3) Schutz bei Krankheit, Schwangerschaft und Entbindung in Form der Übernahme von Krankenversicherungsbeiträgen und allfälliger sonstiger Leistungen (z. B. Selbstbehalte).

Ausgaben für Mindestsicherung und Sozialhilfe¹ nach Bundesländern – prozentuelle Veränderungen 2012–2022

Grafik 7



Q: STATISTIK AUSTRIA, Mindestsicherungs- und Sozialhilfestatistik.
 1) Lebensunterhalt und Wohnen außerhalb stationärer Einrichtungen sowie Krankenhilfe.

Sozialhilfe betragen insgesamt 972 Mio. Euro (Tabelle 12), um 6 Mio. Euro (+0,7 %) mehr als im Jahr 2021. Zur Sicherung des Lebensunterhalts und des Wohnbedarfs außerhalb von stationären Einrichtungen wurden 917 Mio. Euro und für die Krankenhilfe 56 Mio. Euro ausgegeben; letztere waren fast zur Gänze Aufwendungen für die Krankenversicherungsbeiträge.³⁵ Analog zum Leistungsbezug entfiel der Großteil der Ausgaben auf Wien (72 %; 2021: 71 %); die Anteile der anderen Bundesländer lagen zwischen 1 % (Burgenland) und 7 % (Steiermark).

Im Zeitraum 2012 bis 2022 stiegen die Ausgaben um insgesamt 401 Mio. Euro (+70,2 %), für den Lebensunterhalt/

35) 2022 wurde für insgesamt 69 030 Personen (Jahressumme) im Rahmen der Mindestsicherung/Sozialhilfe der Krankenversicherungsschutz gewährleistet (2021: 72 624).

Wohnbedarf wurden um 376 Mio. Euro (+69,6 %) und für die Krankenhilfe um 25 Mio. Euro (+81,2 %) mehr ausgegeben (Tabelle 13). Gemessen an den Sozialausgaben insgesamt waren das weiterhin weniger als 1 % (0,7 %; 2012: 0,6 %).

Überdurchschnittliche Ausgabenzuwächse seit 2012 gab es in Wien (+88,0 %) und der Steiermark (+87,8 %), während der Anstieg in den anderen Bundesländern (deutlich) unter dem Durchschnitt blieb bzw. in Oberösterreich sogar leicht rückläufig war (-1,5 %) (Grafik 7).

Weiterführende Literatur

Pratscher, K. (Wien 2022): „Mindestsicherung und Sozialhilfe der Bundesländer im Jahr 2021“, in: Statistik Austria: „Statistische Nachrichten“ 11/2022, S. 828–841.

Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (Hg.) / Pratscher, K. (Wien 2023): „Mindestsicherungs- und Sozialhilfestatistik 2022“, Website [BMSGPK](https://www.bmsgpk.at).

Rechtliche und methodische Grundlagen

Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz betreffend Grundsätze für die Sozialhilfe (Sozialhilfe-Grundsatzgesetz) und ein Bundesgesetz über die bundesweite Gesamtstatistik über Leistungen der Sozialhilfe (Sozialhilfe-Statistikgesetz) erlassen und das Bundesgesetz zur Integration rechtmäßig in Österreich aufhaltiger Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft (Integrationsgesetz-IntG) geändert werden, BGBl. I Nr. 41/2019, Website [RIS](https://www.ris.bka.at).

Statistik Austria (Hg.): „Handbuch Sozialhilfestatistik ab dem Berichtsjahr 2020; Stand: 28.01.2020“.

Statistik Austria (Hg.): „Handbuch Gemeinsame Statistik über die Mindestsicherung (Mindestsicherungsstatistik); Version Oktober 2017“.

Summary

In 2022, 189 957 persons (annual average) were supported by the Minimum Income Scheme (“Mindestsicherung”) or by Social Assistance (“Sozialhilfe”). The figure decreased by 9 217 (-4.6%) compared to the previous year. The average monthly expenditure per community in need reached EUR 741 (per person: EUR 402) and was highest in Tyrol (EUR 821), Vorarlberg (EUR 817) and Styria (EUR 814).

The total expenditure (subsistence, housing needs, protection in case of sickness) amounted to EUR 972 million (EUR 6 million or 0.7% more compared to 2021). Corresponding to the number of recipients (71%), the major part thereof was spent in Vienna (72%). Minimum Income Scheme and Social Assistance made up less than 1% of the total social expenditure.